

Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Institut für Politikwissenschaft (IfP)

Lehrforschungsprojekt

Sommersemester 2016

29.07.16

Representing Balkan Refugees discourse in distress?

LFP-Arbeit vorgelegt von:

Augenstein, Lea

Hahn, Benjamin

Morath, Annika

Abstract:

Während der Konflikte in den Regionen des ehemaligen Jugoslawien Anfang der 90er Jahre kam eine Vielzahl an Menschen als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland. Im Jahr 2015 scheint sich die Geschichte zu wiederholen: Im Zuge der aktuellen Flüchtlingskrise macht sich erneut eine große Anzahl Fliehender, dieses Mal vor allem aus dem Nahen Osten und Nordafrika, nach Deutschland und Europa auf. In der öffentlichen Debatte wird dabei heute verstärkt zwischen Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und der Gruppe der so genannten "Balkanflüchtlinge" differenziert. In unserer Arbeit werden wir die Repräsentation der Balkanflüchtlinge in der politischen und gesellschaftlichen Debatte anhand einer kritischen Diskursanalyse untersuchen und hinterfragen.

During the conflicts in the regions of the former Yugoslavia in the early 1990s, many people came to Germany as war refugees. In 2015 the story seems to be repeated: During the current refugee crisis, many flee fans, this time mainly from the Middle East and North Africa, are coming back to Germany and Europe. In the public debate, today there is a stronger distinction between refugees from the Middle East and the so-called Balkan refugees group. In our work, we will examine and question the representation of the Balkan refugees in the political and social debate by means of a critical discourse analysis

Schlagworte/tags: Balkan, Flüchtlinge, Diskursanalyse / Balkan, Refugees, Diskurse-analysis

1. Einleitung

"Wir sind nicht das Sozialamt für den Balkan - diese Aussage unterstreiche ich ausdrücklich." (Horst Seehofer, Bayerischer Ministerpräsident, Rede am Politischen Aschermittwoch der CSU, Passau, 18.02.2015)¹

Flüchtlinge aus dem Balkan sind im deutschen medialen und politischen Diskurs nicht erst seit der sich zuspitzenden Flüchtlingsproblematik ein Diskursobjekt. Schon während der Konflikte in den Regionen des ehemaligen Jugoslawien in den 90er Jahren kam eine Vielzahl an Menschen als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland. Im Zuge der aktuellen Flüchtlingskrise macht sich erneut eine große Anzahl Fliehender, dieses Mal vor allem aus dem Nahen Osten und Nordafrika, nach Deutschland und Europa auf. Balkanflüchtlinge stellen jedoch weiterhin eine der größten Flüchtlingsgruppen in Deutschland dar. Wurde ihnen während der Balkankonflikte Anfang und Mitte der 90er Jahre weitestgehend Schutz gewährt, ist die Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus dem Balkan 2015 auf lediglich 0,1 bis 0,2 Prozent gesunken. Dies mag zunächst nicht überraschen, da die Kriege und Konflikte in der Region - zumindest militärisch betrachtet - beigelegt wurden. Obwohl deshalb zahlreiche Balkanländer mittlerweile zu so genannten sicheren Herkunftsländern erklärt wurden, sind diese in der Realität immer noch von zahlreichen gesellschaftlichen Problemen und politischen Spannungen geprägt (Pro Asyl 2015). So bahnt sich beispielsweise in Mazedonien, das ebenfalls auf der Liste der sicheren Herkunftsländer steht, ein Bürgerkrieg an (vgl. Verseck: 20.05.2015; Kálóky: 11.05.15; ProAsyl: 22.05.15). Einer Recherche von ProAsyl zufolge bestand 2015 zudem etwa ein Drittel der Balkanflüchtlinge aus Roma, die in ihren Herkunftsländern einer systematischen Diskriminierung ausgesetzt sind, welche ihnen jegliche Lebensgrundlage entzieht (Pro Asyl 2015).

Die von der Politik geänderte Rechtslage legt die Vermutung nahe, dass die diskursive Darstellung von Balkanflüchtlingen in Deutschland zunehmend negativer wurde. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Diskurs um diese Gruppe untersuchen, Veränderungen aufzuzeigen und kritisch zu reflektieren. Die Frage, der wir in unserer Arbeit nachgehen, lautet deshalb:

Wie hat sich der politische und mediale Diskurs in Deutschland gegenüber den so genannten "Balkanflüchtlingen" zwischen 1993 und 2015 entwickelt?

Wir gehen davon aus, dass sich die Repräsentation der Balkanflüchtlinge vom Positiven zum Negativen gewandelt hat. Diese Arbeit soll die Veränderungen der Bedeutungszuschreibung gegenüber Balkanflüchtlingen zwischen beiden Zeitpunkten auf verschiedenen Ebenen erfassen. Wir werden zeigen, dass sich das Bild der Flüchtlinge aus den Regionen des Balkans seit 1993 von Bürgerkriegsflüchtlingen zu Wirtschaftsmigranten, also zu Flüchtlingen "zweiter Klasse", gewandelt hat. Zudem argumentieren wir, dass die Gruppe der Balkanflüchtlinge, abhängig von ihren Fluchtursachen von anderen Flüchtlingsgruppen abgegrenzt werden. Die von uns aufgezeigten Bedeutungen werden wir kritisch reflektieren und hinterfragen. Außerdem gehen wir davon aus, dass es sowohl inhaltliche Überschneidungen als auch Unterschiede zwischen dem politischen und medialen Diskurs gibt, die vor allem in der stärkeren Polarisierung der Argumente im politischen Diskurs liegen.

Zunächst werden wir einen Überblick über den bisherigen Forschungsstand geben und aufzeigen, dass die bisherige Literatur Balkanflüchtlinge nicht nur vernachlässigt hat, sondern auch die Bedeutungsverschiebung in der Flüchtlingsrepräsentation nicht ausreichend thematisiert hat (2.). Anschließend werden wir auf die Diskurstheorie als theoretische Grundlage unserer Arbeit eingehen (3.) und die daraus abgeleitete Methode der Kritischen Diskursanalyse (4.) erläutern. Hierbei bedienen wir uns der Topoanalyse als Instrument zur Identifizierung der Hauptargumente. Danach werden wir die

¹ Quelle: <https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/seehofer-zu-asyl-und-fluechtlingen-101.html>

Ergebnisse unserer Analyse präsentieren, vergleichen und darlegen, wie diese unsere Ausgangsthese bestätigt haben (5., 6. und 7.). In einem letzten Schritt werden wir die gefundenen Bedeutungszuschreibungen kritisch, anhand der drei Dimensionen Problematisierung der Repräsentationen, Rolle der Medien und Rolle der Autoren, hinterfragen und reflektieren (8.).

2. Forschungsstand

In der wissenschaftlichen Literatur zur Repräsentation von Migration ist der spezifische Diskurs um Balkanflüchtlinge bis auf vereinzelte Studien unterrepräsentiert. Dagegen gibt es zahlreiche Arbeiten, die sich mit den Repräsentationen von Ausländern, Flüchtlingen und Immigranten bzw. Migration im Allgemeinen beschäftigen. Einige davon hinterfragen die gefundenen Bedeutungszuschreibungen kritisch. Dabei konnten wir vier Literaturstränge ausfindig machen: Repräsentation von Migranten zur Konstituierung der nationalen Identität, Versicherheitlichung, Rassismus und Diskriminierung sowie die Repräsentation der Balkangebiete in der Literatur.

Ein großer Teil der Literatur argumentiert, dass den Begriffen Flüchtling, Immigrant etc. in Abgrenzung zur Konstituierung der eigenen nationalen Identität Bedeutung zugeschrieben wird, um diese Identität zu stärken und zu festigen. Häufig werden Migranten zu diesem Zweck negative Bedeutungen zugeschrieben oder solche, die Migranten als „anders“ im Vergleich zur einheimischen Gesellschaft definieren (Bauder 2008; Butterwegge 2009; Gabrielatos/Baker 2008; Saxton 2003; Wengeler 2003; Wengeler 2000; Zuser 1996). Heike Niedrig (vgl. Niedrig 2015) zeigt, dass dem Flüchtlingsdiskurs eine dichotome Struktur von Täter und Opfer innewohnt. Dabei wird zwischen echten Flüchtlingen, den Asylberechtigten und wirklich Verfolgten, denen die Rolle der Opfer zugeschrieben wird und den falschen Flüchtlingen, insbesondere den Wirtschaftsflüchtlingen, der „Scheinasyllanten“, denen die Rolle der „Täter“ zukommt, unterschieden (ebd.: 31). Diese Dichotomie kann durch die Rolle des „Retters“ ergänzt werden (ebd.: 33). Dem Nationalstaat kommt entweder die Rolle des Retters oder des Opfers, aber nicht die des Täters zu (ebd.). Wir gehen davon aus, dass auch der Diskurs um Balkanflüchtlinge von einer solchen dichotomen Struktur geprägt ist, d.h. Deutschland die Rolle des Opfers zugeschrieben wird, während Balkanflüchtlingen als Täter repräsentiert werden. Einige Autoren kritisieren, dass Migranten hauptsächlich hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Nutzens betrachtet werden, anstatt Migration als Menschenrecht oder Normalität in einer globalisierten Welt zu betrachten (Butterwegge 2009: 175f.; Kofman 2005: 453). Diese Betrachtung legt nahe, dass der von uns untersuchte Diskurs hauptsächlich von wirtschaftlichen Machbarkeits- und Nutzenargumenten geprägt ist. Jef Huysmans (vgl. Huysmans 2000) beschreibt Migration als ein hochgradig ambivalentes Konzept in der westeuropäischen Politik (ebd.: 149). Sie erzeugt eine Diskussion über die Verantwortlichkeit und die Natur einer politischen Gemeinschaft, in diesem Fall der EU (ebd.). Immigranten und Flüchtlinge markieren ein politisches „Schlachtfeld“, in dem um die (zukünftige) Identität der EU gekämpft wird (ebd.: 150). Migration ist dann Teil der Identitätsfindung selbst. In unserer Analyse muss daher untersucht werden, ob Flüchtlinge als Teil der deutschen Gesellschaft betrachtet werden, oder ob sie eher ausgeschlossen werden. Flüchtlinge sind hier sicherlich ein Anhaltspunkt für Ambiguitäten, wenn nicht sogar Widersprüche im Diskurs.

Zudem zeigen zahlreiche Autoren die zunehmende Versicherheitlichung von Migration durch den Staat, die immer mehr zum dominanten Diskurs in europäischen Nationalstaaten sowie auf gesamteuropäischer Ebene wird (Bigo 2000; Hartmann 2010, Huysmans 2000; Tsoukala 2005). Nach dieser Argumentation wird Migration als Bedrohung für die nationale Sicherheit und die öffentliche Ordnung eines Staates konstruiert, die destabilisierende Effekte für die gesellschaftliche Integration hat (Huysmans 2000: 751 ff.). Waever et al. argumentieren, dass sich die Bedrohung der ethnisch-nationalen Identität zu einem der

größten Sicherheitsbedenken westeuropäischer Gesellschaften entwickelt hat (Waeber et al. 1993). Migration und Identität ersetzen damit militärische Angelegenheiten innerhalb der europäischen Sicherheitsagenda und werden zu Schlüsselthemen im europäischen Diskurs (ebd.). Die im Zusammenhang mit zunehmender Migration entstehende Unsicherheit innerhalb der europäischen Gesellschaften kann, laut den Autoren, zu einem der größten Hindernisse für das Gelingen der europäischen Integration werden (ebd.). Mit der diskursiven Versicherheitlichung von Migration gehen Forderungen nach politischen Maßnahmen, wie z.B. Grenzsicherung, einher (Tsoukala 2005: 161ff.). Massenmedien haben einen großen Anteil an dieser Entwicklung (Buonfino 2004: 48).

Ein anderer Literaturstrang beschäftigt sich mit rassistischen Tendenzen und Diskriminierung gegen Ausländer in den Gesellschaften verschiedener Staaten. Eine Reihe von Autoren argumentiert, dass öffentliche Diskurse europäischer (und laut Richmond auch nicht europäischer) Gesellschaften zunehmend durch rassistische Vorurteile geprägt sind, die sich in Gesetzen, politischen Maßnahmen und Praktiken widerspiegeln, welche eine Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Migranten und Asylsuchenden gegenüber Staatsbürgern, und damit Rassismus, institutionalisieren (Pereira/Vala/Costa-Lopes 2010; Richmond 2001; Schuster 2003; Wodak/Matouschek 1993). Sowohl Schuster als auch Richmond argumentieren, dass diese Maßnahmen und Regelungen in einem fundamentalen Widerspruch zu den, hauptsächlich von westlichen Staaten propagierten, grundlegenden Menschenrechten stehen. Teun A. Van Dijk (vgl. van Dijk 2000) argumentiert, dass die ethnisch „Anderen“ in den Medien systematisch negativ dargestellt werden und somit zu bestimmten Vorurteilen, Stereotypen und Ideologien über diese Anderen beitragen (ebd.: 49). Es gab in der Vergangenheit einige Gesetzesänderungen in Deutschland, die eine solche Institutionalisierung der Ungleichbehandlung von Migranten, insbesondere Flüchtlinge, vermuten lassen (siehe unten).

Auch wenn Balkanflüchtlinge in der Literatur kaum vertreten sind, finden sich Arbeiten zur Repräsentation der Balkangebiete (Hansen 2006; Luoma-Aho 2002). Lene Hansen (vgl. Hansen 2006) untersucht die westliche Debatte zum Bosnienkrieg. Sie identifiziert zwei grundlegende gegensätzliche Diskurse in den 90er Jahren (ebd.: 13). Der sogenannte Balkandiskurs zeichnet ein barbarisches rückständiges Bild des Balkans (ebd.: 106 f.). Der Ausbruch des Bosnienkrieges wurde auf die Gewaltbereitschaft der Balkanvölker zurückgeführt (ebd.: 106). Dem Balkandiskurs gegenüber steht der Genozid-Diskurs, der den Krieg in eine breitere politische Debatte über rechtliche und menschliche Verantwortlichkeit einordnet (ebd.). Dem Westen wird, aufgrund seines Bekenntnisses zu den Menschenrechten und dem immensen menschlichen Leiden der Gruppe, die dem Genozid ausgesetzt wurde, eine klare humanitäre Verantwortung gegenüber diesen Menschen zugesprochen (ebd.). Es ist davon auszugehen, dass wir von der Konstruktion der Balkanregion durch den Westen auch Rückschlüsse darauf ziehen können, wie Menschen, die aus der Balkanregion nach Deutschland kommen, im Diskurs konstruiert werden.

Das Hauptargument in der Literatur ist die negative Repräsentation von Migranten im öffentlichen Diskurs. Durch unsere empirische Analyse untersuchen wir, ob diese Annahmen auch für die besondere Gruppe der Balkanflüchtlinge gelten. Was die Literatur zudem bisher nicht oder wenig ausreichend erfasst hat, ist die Bedeutungsverschiebung, die in der Flüchtlingsrepräsentation stattgefunden hat. Die Darstellung in der bisherigen Literatur erweckt den Anschein, als würden Flüchtlinge im öffentlichen und politischen Diskurs durchgängig und auf die gleiche Weise negativ dargestellt. In unserer Arbeit zeigen wir am Beispiel der Balkanflüchtlinge, dass sich die Repräsentation von Flüchtlingen im Laufe der Zeit verändert. So wurden Balkanflüchtlinge nicht nur negativ dargestellt, vielmehr hat sich ihre Repräsentation von einer leicht positiven bzw. neutralen, zu einer negativen Darstellung gewandelt. Die Forschung konzentriert sich bisher auf die allgemeine Gruppe der Flüchtlinge, ohne der Heterogenität derselben Rechnung zu tragen. Wir halten dies für problematisch und möchten den Diskurs um

Balkanflüchtlinge mit unserer Forschung deshalb bewusst differenziert untersuchen.

3. Theoretische Grundannahmen

3.1. Diskurstheorie

Wir wollen in unserer Arbeit auf einen poststrukturalistischen Ansatz zurückgreifen. Das poststrukturalistische Verständnis von Sprache geht davon aus, "(...) dass Vorstellungen und Dinge nicht durch Sprache repräsentiert bzw. abgebildet werden (d.h. Sprache bezeichnet nicht etwas real Existierendes) (...)" (Burtscher-Bächter 2004: 259). Das bedeutet, dass die Bedeutungszuschreibung für ein "reales Ding" in dieser Welt, unabhängig von dessen Beschaffenheit und Funktion in genau derselben, ausschließlich über Sprache stattfindet: "So bezeichnen beispielsweise Begriffe wie >>AusländerInnen<< oder >>Fremd<< keine vorgegebene Wirklichkeit (es handelt sich dabei ja nicht um feststehende Merkmale von Menschen, können dieselben Personen doch an einem Ort >>fremd<<, an einem anderen Ort >>(ein)heimisch<< sein)." (ebd.: 260). Deswegen ist Sprache in jedem Fall sinn-/bedeutungsstiftend, jedoch nie wahrhaftig, deskriptiv und neutral. Im Gegenteil, sie enthält (subjektive) Bewertungen und dient nicht zuletzt politischen Zwecken (Diez 1999: 601). Da Sinn und Bedeutung von Sprache nicht fixierbar sind, müssen sich Veränderungen folglich aufzeigen lassen (Herschinger/Renner 2014: 14). Besonders Medien können Dingen in der Welt bestimmte Bedeutungen zuschreiben. Dadurch rufen sie Assoziationen bei dem Leser und Hörer hervor und formen schließlich Meinungen, die den medialen öffentlichen Diskurs reproduzieren. Bei der Untersuchung von Diskursen muss der Fokus sowohl auf die Praxis des Sprechens, als auch auf den jeweiligen sprachlichen Kontext gelegt werden, in dem Aussagen entstehen (Diez 1999: 604). Insbesondere Zeitungsmedien schaffen ein solches diskursive Netz, also einen Kontext, in den die Leser hineinsozialisiert werden und diese zu bestimmten Aussagen und Handlungen befähigt, gleichzeitig aber auch andere mögliche Aussagen ausschließt (Diez 1999: 603). Die Grenzen des Sagbaren innerhalb des Diskurses über Balkanflüchtlinge auszuloten und zu bewerten, ist ein Ziel dieser Arbeit. Medien und Leser können durch ihre Aussagen und ihre Teilnahme am Diskurs den Kontext, in dem sie sich bewegen, reproduzieren und verändern.

Dabei muss stets beachtet werden, dass Diskurse nicht statisch oder festgelegt, sondern wandelbar, wie die Sprache selbst, sind (Diez 1999: 606f.). Jede neue Artikulation innerhalb des Diskurses hat das Potential Alternativen aufzuzeigen und den Diskurs zu verändern (Diez 1999: 607). Da Bedeutung, die durch Sprache erzeugt wird, nie fixiert werden kann und der dominante Diskurs immer wieder auf alternative Konzepte stößt (Diez 2004: 321), führt dies zu Ambiguitäten. Der Gesamtdiskurs wird mehrdeutig. Nach Michel Foucault sind Diskurse generell von Widersprüchen und Mehrdeutigkeiten durchzogen (Foucault 1974: 151). Ambiguitäten können durchaus problematisch sein, vor allem im Zusammenhang mit Identitätskonstruktionen. Widersprüche innerhalb einer Konstruktion des Selbst führen nämlich dazu, dass die Identität mehrdeutig wird und dadurch unsicher ist. Eine unsichere Identität wird durch die Abgrenzung und den Ausschluss von bestimmten Anderen gestärkt (Rumelili 2003: 219). Flüchtlinge sind stark betroffen von dieser Abgrenzung. Auf der anderen Seite können diese Diskontinuitäten auch Chancen darstellen, um den Diskurs in eine neue Richtung zu lenken und ihn zu verändern (Foucault 1974: 151). Auch wenn ein alternatives Konzept nicht dominant im Diskurs ist, so ist es doch präsent und damit erster Anhaltspunkt für eine Transformation des Diskurses.

Diskurse ermöglichen ein subjektives Verständnis von (sozialer) Realität, welches immer Ausdruck einer Hegemonie ist. Gleichzeitig schaffen Diskurse Grenzen. Diese Grenzen können durch Inklusion und Exklusion entstehen, aber auch durch die Schaffung von Feindbildern gegenüber einem Diskursobjekt. Bestimmte Konzepte und Normen erhalten erst durch die (ständige) (Re-)Formulierung dieser Grenzen eine klare Bedeutung (Herschinger/Renner 2014: 16). Nach dem klassischen poststrukturalistischen

Argument konstruieren Diskurse Bedeutung, indem sie Differenzen (zwischen Begriffen und Konzepten) schaffen (Diez 2013: 320f.). Wir sind davon ausgegangen, dass das „Othering“ auch im Diskurs um Flüchtlinge aus der ehemalige Sozialistische Föderativen Republik Jugoslawien eine wichtige Funktion eingenommen hat.

Ziel einer kritischen Diskursanalyse ist es, Widersprüche im Diskurs aufzudecken und diejenigen (sprachlichen) Mittel deutlich zu machen, durch die Akzeptanz herbeigeführt wird. Damit verbunden sollen Strategien aufgedeckt werden, mit denen das Feld des Sagbaren ausgeweitet oder eingengt wird. Es bleibt festzuhalten, dass wir bereits Kritik äußern, indem wir bestimmte Bedeutungszuschreibungen aufdecken und aufzeigen, dass es sich bei diesen nicht um die „Wahrheit“ handelt mit den entsprechenden Politiken legitimiert werden können. In einem zweiten Schritt werden wir selbst Position beziehen, z.B. anhand von Normen und Werten. Dabei ist jedoch stets zu beachten, dass wir uns selbst immer innerhalb eines bestimmten oder mehrerer Diskurse bewegen. Auf den ersten Blick allgemein anerkannte Normen wie Menschenrechte sind beispielsweise selbst diskursiv konstruiert und müssen im Hinblick auf ihre interkulturellen und historischen unterschiedlichen Begründungen und Verfasstheiten hinterfragt, oder gegebenenfalls selbst dekonstruiert werden (vgl. Jäger/Zimmermann 2010: 20 ff.). Das kann diese Arbeit sicher nicht leisten. Das Bewusstsein darüber ist jedoch wichtig, für die Bewertung und Reflexion unserer Analyse.

3.2. Politischer und gesellschaftlicher Diskurs

Bei Politik und Gesellschaft handelt es sich um zwei verschiedene diskursive Ebenen, die wir untersuchen und vergleichen wollen. „Diskursebenen kann man als <<soziale Orte>> sehen, von denen aus gesprochen wird.“ (Jäger/Zimmermann 2010: 38 f.) Für das Verständnis unserer Arbeit ist es an dieser Stelle wichtig, klarzumachen, wie diese Diskursebenen zueinander stehen bzw. welche Beziehung sie zueinander haben.

Politisches Handeln bedarf der Legitimation, für welche die öffentliche Ebene von großer Bedeutung ist (Gerhards 1992: 307). Die Mobilisierung öffentlicher Meinung ist ein Weg gesellschaftlicher Akteure politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen (Gerhards 1992: 307). Insbesondere Medien oder so genannte Massenkommunikationssysteme können kontinuierlich und breitflächig auf die öffentliche Meinung einwirken (Gerhards/Neidhardt 1990: 23 f.). Adressat der öffentlichen Meinung gesellschaftlicher Akteure ist also das politische System (Gerhards 1992: 312). Gleichzeitig haben Parlamente, als der Ort an dem die politische Debatte geführt wird, traditionell eine kommunikative „Öffentlichkeitsfunktion“ (Marschall 2001: 390). Die oben beschriebene Legitimation und Leistungsfähigkeit von Parlamenten hängt in hohem Maß von ihrer Kapazität zur öffentlichen Kommunikation ab (ebd.). Gleichzeitig ist dies eine Möglichkeit der Politik, auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen. Unter öffentlicher Meinung ist die Übereinstimmung bestimmter Deutungen, Überzeugungen und Interpretationen von Themen eines öffentlichen Publikums zu verstehen (Gerhards 1992: 307). Dazu gehört die Definition eines Themas als Problem, die eigene Position zu diesem Problem und mögliche Lösungen (Gerhards 1992: 307 f.). Um diese Übereinstimmung herbeizuführen bedarf es Argumente um die eigene Position zu stützen (Gerhards 1992: 307). Öffentlichkeit ist letztendlich ein Kommunikationszusammenhang, der zwischen Bürgern und dem politischen System vermittelt (Gerhards/Neidhardt 1990). Öffentlich kommunizierte Meinungen sind dann der Output eines solchen Kommunikationssystems, also der Gegenstand der Vermittlung (Gerhards/Neidhardt 1990).

4. Methodik

4.1. Operationalisierung und Auswahl des Datenmaterials

Für die empirische Analyse stellt sich nun die Frage, wie wir den gesellschaftlichen und politischen Diskurs jeweils fassen können. Oben wurde bereits angedeutet, dass Medien und Parlamente Teil des öffentlichen Raumes sind und erheblichen Einfluss auf die Bildung öffentlicher Meinung haben. Stefan Marschall spricht hier von zwei "Arenen", die sich zum Teil überschneiden und aufeinander Einfluss nehmen (Marschall 2001). Das führt uns zu folgender Operationalisierung des theoretischen Modells:

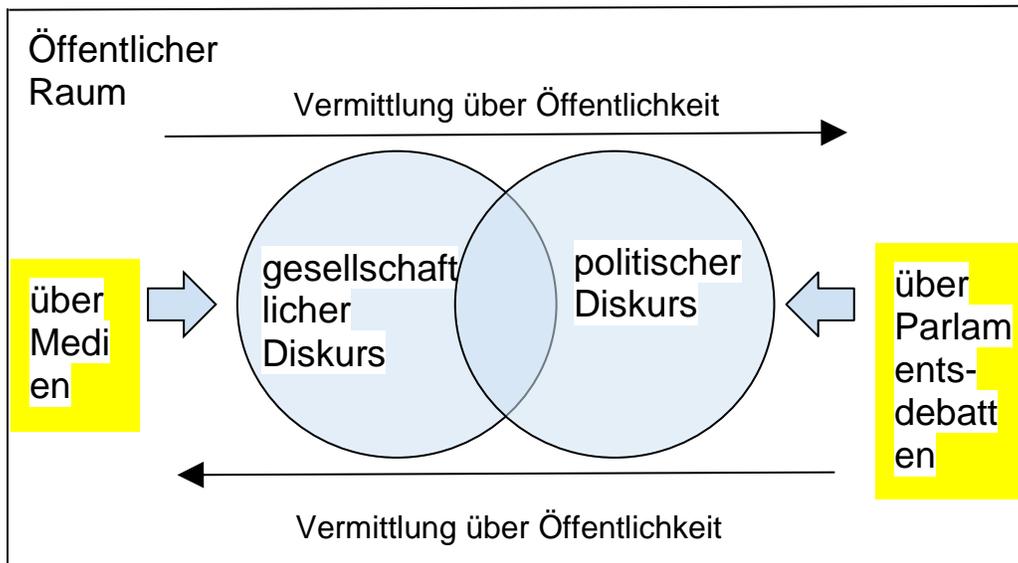


Abb.1

Hierbei handelt es sich um ein stark vereinfachtes Modell. Wie Medien und Parlamente auf den öffentlichen Raum einwirken und diesen verändern wird beispielsweise völlig außer Acht gelassen (vgl. Marshall 2001). Es wurde bereits gesagt, dass es zwischen dem medialen und parlamentarischen System zahlreiche Verflechtungen, also einen Interaktionsbereich, gibt (Marschall 2001: 392). Medien und Parlamente können auf verschiedenen Ebenen und auf unterschiedliche Weise aufeinander einwirken (in dieser Arbeit wird nur die Diskursive Ebene untersucht). Die Interaktion bzw. der gegenseitige Einfluss der beiden Ebenen aufeinander ist jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit. Hier geht es nur um die Analyse der beiden Bereiche und um die Suche nach Überschneidungen und Unterschieden. Genauere Untersuchungen der Interaktion, Anpassungsprozesse sowie Machtwirkungen zwischen den beiden Diskursebenen sollten Gegenstand zukünftiger Forschung sein. An dieser Stelle ging es nur darum, den Status der beiden Diskursebenen theoretisch zu fassen und für uns empirisch fruchtbar zu machen.

Wie gehen davon aus, dass sich der, jeweils in den Medien und Parlamentsdebatten abgebildete, gesellschaftliche und der politische Diskurs auf zwei Ebenen unterscheiden. Ein Unterschied besteht in der formalen Ausgestaltung der Diskurse. Dieser Unterschied ergibt sich schon aus der unterschiedlichen Textart, die produziert wird und dem Zweck, den diese Texte erfüllen sollen. Da es sich bei Parlamentsdebatten tatsächlich um Debatten handelt, in denen es darum geht Themen und Entscheidungen zu diskutieren und zu einer Entscheidung zu kommen, werden Argumente eindeutiger formuliert und sind klarer zu erkennen. Medien nehmen zwar an der öffentlichen Debatte teil und haben erheblichen Einfluss auf diese, klare Meinungsäußerungen sind jedoch eher selten. Argumente sind daher oft verschleiert und werden implizit geäußert. Es geht eher darum zu "erzählen" und bestimmte Sachverhalte so darzustellen, dass sie möglichst viele Leser anziehen. Bei den Medien handelt es sich

also um einen wesentlich diffuseren Diskurs als bei der politischen Debatten. Diese formalen Aspekte nehmen zwar einen Einfluss auf die Durchführung unserer Analyse, sind jedoch nicht deren Inhalt. Wir nehmen außerdem an, dass es zwischen dem gesellschaftlichen und politischen Diskurs einerseits inhaltliche Überschneidungen gibt, die Diskurse andererseits aber auch durch unterschiedliche Argumentationsmuster geprägt sind. Diese gilt es im folgenden zu untersuchen.

Die Repräsentation von Balkanflüchtlingen soll durch einen horizontalen Vergleich von medialem und politischen Diskurs untersucht werden. Die Textauswahl wird anhand von zwei historisch signifikant erscheinenden Zeitpunkten innerhalb des Zeitraumes, von denen ausgegangen werden kann, dass sie einen Einfluss auf die deutschen Flüchtlingsdiskurse gehabt haben, vorgenommen (ebd.: 29). Untersucht werden Artikel von Wochenzeitungen und Parlamentsdebatten aus den Jahren 1993 und 2015.

Eines der signifikantesten historischen Ereignisse innerhalb des gewählten Zeitraumes mit erheblichen und tiefgreifenden Folgen für die deutsche Gesellschaft, war der Ausbruch der Jugoslawien-Kriege 1990/1991. Vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszahlen und zunehmenden Ausschreitungen gegen Gruppen von Zuwanderern wurde der sogenannte „Asylkompromiss“ 1993 gesetzlich verankert (Bade/Ottmer 15.03.2005) und das bisherige Asylrecht faktisch stark eingeschränkt (Niehr 2000: 110). Es liegt daher nahe, neben den Zeitungsartikeln aus dem Jahr 1993 auch die Parlamentsdebatte **zur Verabschiedung des „Asylkompromisses“ vom 26. Mai 1993 zu untersuchen.**

Der zweite zeitliche Fixpunkt in unsere Untersuchung ist die aktuelle Flüchtlingskrise. Das Ausmaß dieser Krise und die damit verbundenen Folgen ähneln der Situation während der Jugoslawien-Kriege. Von Januar bis Juni 2015 stellten rund 180.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland (Volmer 10.08.2015). Die deutschen Gesetzgeber reagierten Ende 2015 mit dem sogenannten Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, von dem in erster Linie Flüchtlinge aus den Gebieten der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betroffen waren (Ipb 2016: 1). Die zweite Parlamentsdebatte, die wir uns anschauen werden, ist daher **die zweite und dritte Beratung im Bundestag zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 15. Oktober 2015.**

In der Auswahl der Zeitungen wollen wir die populärsten politischen Positionen abdecken und die wichtigsten meinungsbildenden Organe einbeziehen, um den medialen Gesamtdiskurs möglichst ausgewogen zu repräsentieren. Konkret haben wir uns für die Printmedien DIE ZEIT, DER SPIEGEL und DER FOCUS entschieden, da diese zu den auflagenstärksten Wochenzeitschriften gehören und damit das Kriterium der Repräsentativität am ehesten erfüllen². Da die BILD am SONNTAG für uns nicht kostenfrei zugänglich war, haben wir uns für den FOCUS als Ersatzmedium entschieden, da auch dieser zu den auflagenstärksten und größten deutschen Wochenmagazinen gehört.

4.2. Topoianalyse

Das ausgewählte Datenmaterial haben wir mittels einer Kritischen Diskursanalyse (KDA), die aus der Diskurstheorie nach Foucault abgeleitet ist, analysiert. Hierbei werden die ausgewählten Texte auf Inhalte, Häufungen und formale Beschaffenheit untersucht, wodurch sich Rückschlüsse ziehen lassen auf die Art bestimmter Aussagen und das Gewicht, das ihnen im Diskurs zukommt (vgl. Jäger 2012: 95). Als Instrument zur Ermittlung und Analyse der zentralen inhaltlichen Aussagen bedienen wir uns der

² Druckauflage inklusive e-Paper Die ZEIT (woe) im 4. Quartal 2015 bei 621.208 (IVW 2016), Druckauflage inklusive e-Paper Der SPIEGEL (woe) im 4.

Quartal 2015 bei 939.934 (IVW 2016), Druckauflage inklusive e-Paper FOCUS (woe) im 4. Quartal 2015 bei 613.641 (IVW 2016)

modernen Argumentationsanalyse, durch die sowohl einzelne Argumente als auch Argumentationsmuster im Textkorpus verglichen werden (vgl. Böke et al. 2000: 24). Zentral hierfür ist das Konzept der Topoi. Topoi werden meist nicht explizit ausgesprochen, sondern müssen oft interpretativ aus der Sprache erschlossen werden (Wengeler 2003: 181ff.). Bei der Zuordnung von Argumenten zu spezifischen Topoi kommt es häufig zu Abgrenzungs- und Zuordnungsproblemen; sie ist deshalb ebenso zwangsläufig interpretationsabhängig (vgl. Böke et al. 2000: 24ff. und Wengeler 2000: 137). Zunächst haben wir ein Kategorienschema der am häufigsten vorkommenden Topoi entwickelt. Hierbei haben wir uns an den Studien von Wengeler und Bauder orientiert, die in ihrer Forschung zentrale Topoi im deutschen Migrationsdiskurs erfasst haben (s. Bauder 2008; Wengeler 2000; Wengeler 2003). Durch die Analyse von 15 exemplarischen Texten aus den Zeitungsmedien haben wir dieses Schema getestet, angepasst und anschließend auf den Gesamtkorpus angewendet. Schließlich haben wir uns auf folgendes Kategorienschema für die Gesamtanalyse festgelegt:

Ökonomischer Nutzen	Ökonomische Machbarkeit (Belastung) Finanzen Missbrauch (von Hilfe)
Politischer Nutzen	Politische Machbarkeit Image Mehrheitsmeinung
Gefahr	Kriminalität Innere Sicherheit Extremismus (politischer/ der Migranten)
Kultur	Europa Fremdenfeindlichkeit Geschichte Vorurteile Kulturelle Unterschiede (abbauen/kennen lernen)
Humanitärer Topos	Werte Entwicklungshilfe Verantwortung (für ein Problem)
	Autorität

Institutionen	Definition Recht/gerichtliche Instanzen
Zahlen	

Abb. 2

Wir sind uns bewusst, dass unser Schema vergleichsweise sehr viele Kategorien enthält. Ebenfalls ist uns klar, dass eine zu große Anzahl an Kategorien unseren Ergebnissen die Aussagekraft nimmt. Der Zweck von Kategorien ist letztendlich Muster im Diskurs zu finden. Dieser Umstand hat auch bei der Analyse zu Problemen geführt. Es war zum Teil sehr schwierig, ein Argument einem einzigen Topos zuzuordnen, sehr häufig gab es mehrere Möglichkeiten. Wir haben am Ende jedes Argument dem Topos zugeordnet, der unserer Meinung nach die Grundessenz des Arguments ausmacht bzw. der das Argument inhaltlich am stärksten widerspiegelt. Dies diente unter anderem dazu, die Argumentation und den Vergleich zu zuspitzen. Trotz dieser Probleme haben wir uns dafür entschieden, alle obigen Kategorien zu verwenden, da es eines unsere Hauptanliegen ist, den Diskurs um Balkanflüchtlinge so differenziert wie möglich darzustellen, ohne dabei zu viel Aussagekraft einzubüßen. Das Hauptziel unserer Arbeit ist es, Unterschiede und Verschiebungen im Diskurs herauszuarbeiten. Mit einer größeren Anzahl an Kategorien konnten wir in diesem Fall mehr und vor allem genauere Ergebnisse erzielen. Hinzu kommt, dass jede der obigen Kategorien mindestens mehrmals im medialen Diskurs vertreten war. Es war uns also durchaus möglich klare Argumentationsmuster ausfindig zu machen und zu vergleichen. Das obige Schema diente damit den Zwecken unserer Arbeit.

Da es unser Ziel ist, den politischen und medialen Gesamtdiskurs darzustellen, haben wir nicht zwischen den Diskursen innerhalb der ausgewählten Zeitungen bzw. Parteien im Bundestag unterschieden, sondern diese vielmehr als Repräsentanten des Gesamtdiskurses angesehen. Weiterhin argumentieren wir, dass die Häufigkeit und Art von Argumenten, mit denen der Leser konfrontiert wird, entscheidend für die Ausrichtung des Gesamtdiskurses sind. Demnach haben wir in unserer Analyse auch nicht zwischen Argumenten unterschieden, die vom Autor einer Zeitung vorgebracht wurden oder lediglich die Meinung von Dritten widerspiegeln, da diese gleichermaßen im Diskurs präsent sind und diesen prägen. Um den Gesamtdiskurs so differenziert wie möglich darzustellen, haben wir zudem innerhalb einer Textstelle einzelne Pro- und Contra-Argumente identifiziert und gegebenenfalls verschiedenen Topoi zugeordnet, auch wenn einzelne Ausschnitte oft Teil einer übergeordneten Argumentation waren. Die identifizierten Argumente haben wir in eine Matrix eingeordnet, welche die verschiedenen Analyseebenen voneinander abgrenzt.

Alternativ hätten wir die Kategorien induktiv aus den Texten herausbilden können. Allerdings wurde erstens bereits deutlich, dass der Flüchtlingsdiskurs in Deutschland sehr unübersichtlich ist und auch mit vorher festgelegten Kategorien viele verschiedene Deutungen möglich waren. Bei einer induktiven Vorgehensweise hätten wir am Ende der Analyse wahrscheinlich noch sehr viel mehr Kategorien gehabt, was die Aussagekraft unserer Untersuchung stark beeinträchtigt hätte. Zweitens vertreten wir die Ansicht, dass ein Forscher allein durch das Lesen der Literatur mit bestimmten Vorannahmen an einen Analysetext herangeht und diese dann unbewusst anwendet. Die Kategorien bzw. die Assoziationen, die man mit bestimmten Wörtern, Aussagen und Textteilen verbindet, sind also von vorneherein im Kopf des Forschers vorhanden. Außerdem erleichtert die Anwendung eines Analyseschemas eine systematische Vorgehensweise; die Ergebnisse können am Ende sehr viel leichter eingeordnet und

ausgewertet werden.

5. Ergebnisse Parlamentsdebatten

Problematisch an der Analyse der Parlamentsdebatten war, dass der von uns gewählte Schlüsselbegriff "Balkanflüchtlinge" nicht direkt erwähnt wurde. Deswegen mussten die Bedeutungszuschreibungen für diese Flüchtlingsgruppe anders erschlossen werden. Durch den historischen Kontext wird deutlich, dass 1993 Menschen vor dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien flohen, während die BRD gleichzeitig Ziel vieler Migranten war, die aus ökonomischen Gründen ihre Heimat verlassen hatten. 2015 hingegen kehrten viele Menschen dem Balkan den Rücken aus ökonomischen Gründen zu, während gleichzeitig eine Vielzahl von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak nach Deutschland flohen. Entsprechend wurden die Balkanflüchtlinge in der Parlamentsdebatte von 1993, implizit und explizit, als Bürgerkriegsflüchtlinge dargestellt. 2015 wurden Albanien, Montenegro und der Kosovo zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina wurden bereits 2014 auf die Liste der sicheren Herkunftsländer gesetzt. Dadurch wurden die Gruppe der Balkanflüchtlinge zu einer Flüchtlingsgruppe ohne besondere Schutzbedürftigkeit. Dieses Argument spielte in beiden Debatten eine entscheidende Rolle: Bürgerkriegsflüchtlingen wurde jeweils eine hohe Schutzbedürftigkeit zugestanden, da ihre Fluchtursachen von der Genfer Flüchtlingskonvention und dem Asylrecht als rechtmäßig aufgefasst werden. Ökonomische Fluchtursachen werden rechtlich nicht erfasst, weswegen den Wirtschaftsmigranten eine besondere Schutzbedürftigkeit aberkannt wurde. Dabei handelt es sich um einen Topos der Oberkategorie Institutionen, mit der Unterkategorie Recht/(Definitionen).

5.1 Parlamentsdebatte vom 26. Mai 1993

Für die Parlamentsdebatte (Nr., Wahlperiode) vom 26. Mai 1993 wurde 51 Argumente analysiert. Davon sprachen sich die Mehrheit positiv für Flüchtlinge vom Balkan aus (~70,6%). Negativ äußerte sich nur ein geringer Teil der Abgeordneten (~13,7%). Ein kleiner Teil der Argumente konnte nicht direkt zugeordnet werden (15,7%). Die Mehrheit dieser Argumente beschäftigte sich inhaltlich mit Sinti und Roma und ihrer Lage in der BRD, sowie in deren Herkunftsländern (~9,9%). Auf der Seite der Pro-Argumente überwog deutlich die besondere Schutzbedürftigkeit von Bürgerkriegsflüchtlingen (26 Mal). Ihr Asylansuchen wurde rechtlich nie in Frage gestellt, im Gegenteil sogar bestärkt. Außerdem wurde betont, dass deren Menschenrechte unbedingt geschützt werden müssen (5 Mal). In einem Fall wurde die historische Verantwortung der Deutschen, für Flüchtlinge die vor Völkermord und ethnischen Säuberungen fliehen, hervorgehoben (5 Mal).

Bei den negativen Argumenten dominierte die Behauptung, dass die Menge aller Flüchtlinge die BRD im Ganzen überlasten würde.

Die Fraktion der CDU/CSU argumentierte in 1 Mal gegen Balkanflüchtlinge; 12 Mal für sie. Die SPD-Fraktion sprach sich in 6 Fällen gegen diese Flüchtlingsgruppe aus; 17 Mal argumentierte sie für die Flüchtlinge. Ein Argument wurde hinsichtlich Roma und Sinti gemacht. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brachten ein Argument für Balkanflüchtlinge ein, die PDS/ LINKE LISTE drei. Beide Fraktionen stellten jeweils einmal einen thematischen Bezug zu den Sinti und Roma her. Fraktionslose Abgeordnete machten zwei Argumente für die Flüchtlinge und zwei, die Roma und Sinti zum Inhalt hatten. Die FDP äußerte sich einmal positiv hinsichtlich der Balkanflüchtlingen.

5.2 Parlamentsdebatte vom 15. Oktober 2015

In der Parlamentsdebatte (Nr. 130, 18. Wahlperiode) vom 15. Oktober 2015 konnten 36 Argumente identifiziert werden. Dabei überwogen solche die Balkanflüchtlinge negativ darstellten (~80,5%). Deutlich weniger wurde sich für Flüchtlingen vom Balkan ausgesprochen (~16,6%). Ein Argument (~2,7%) konnte nicht eindeutig zugeordnet werden. Oft wurde argumentiert, dass die Balkanflüchtlinge im Gegensatz zu den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Nahen Osten keine besondere Schutzbedürftigkeit hätten (12 Mal). In einigen Fällen (10 Mal) wurde argumentiert, dass genau deswegen - und auf Grund der Asyl-Verfahrensdauer in der BRD- die nicht-schutzbedürftigen (Balkan-)Flüchtlinge Behörden und das Wirtschaftssystem überlasten würden. Weiterhin wurde einmal argumentiert, dass diese Flüchtlinge ein allgemeines Sicherheitsrisiko darstellen (1 Mal), sie gezielt Leistungen missbrauchen (4 Mal) würden, oder dass generell ein unüberwindbarer kultureller Unterschied vorherrscht, der einer langfristigen erfolgreichen Integration im Wege steht (2 Mal). Von den 29 negativen Argumenten wurden 24 von der CDU/CSU- Fraktion gemacht und 5 von der SPD-Fraktion. Beide Fraktionen äußerten sich nicht positiv in dieser Debatte.

Positiv äußerten sich die Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (4 Mal) und DIE LINKE (2 Mal). Es wurde die grundsätzliche Einhaltung der Menschenrechte, auch für Menschen die aus ökonomischen Gründen ihr Land verlassen, gefordert (3 Mal). Außerdem wurde dem Argument widersprochen, dass es sich bei den zu sicheren Herkunftsländern erklärten Staaten, tatsächlich um solche handelt (3 Mal).

Prägnant drückte Jan Korte (DIE LINKE) die Widersprüche aus, die sich aus der Konstruktion der sicheren Herkunftsstaaten für die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik ergeben:

“Das Kosovo soll ein sicheres Herkunftsland sein. Darf ich kurz daran erinnern, dass wir hier jedes Jahr einen Bundeswehreininsatz im Kosovo beschließen sollen, weil es dort so unsicher ist?” (Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 2015: 12579)

6. Ergebnisse Medienanalyse

Wie bereits bei den Parlamentsdebatten der Fall war, ist der Begriff “Balkanflüchtlinge” auch in der medialen Debatte 1993 noch nicht wirklich aufgetaucht und erst 2015 regelmäßig verwendet worden. Auch hier haben wir deshalb Artikel analysiert, die allgemein von Flüchtlingen handelten, da Flüchtlinge aus dem Balkan damals die zentrale Gruppe der Flüchtlinge ausmachten. Außerdem ist die Tatsache, dass die Gruppe der Balkanflüchtlinge erst 2015 besonders herausgestellt und in gewisser Weise stigmatisiert wurde, ein erster Beleg für unser Argument, dass Flüchtlinge aus den Balkangebieten im Jahr 2015 wesentlich negativer repräsentiert wurden als noch 1993, als die besondere Benennung und Thematisierung dieser speziellen Flüchtlingsgruppe noch keine große Rolle im Diskurs gespielt hat.

Bezüglich der Analyse ist zu bedenken, dass Argumente in Zeitungsartikeln oft implizit angeführt werden und nicht in der klassischen direkten Argumentationsstruktur vorzufinden sind. So wurden neben normativen Argumenten (mit Wertmaßstäben verknüpfte Aussagen, z.B. es ist nicht gut, dass ...) auch reine Fakten von uns erfasst, sofern sie ein implizites Argument stützten. Die Entscheidung, was ein Argument ist und was nicht sowie die Zuordnung zu einem bestimmten Topos wurde von uns interpretativ gefällt.

6.1 Balkanflüchtlinge im medialen Diskurs 1993

Der mediale Diskurs um Balkanflüchtlinge 1993, repräsentiert durch den SPIEGEL, den FOCUS und Die ZEIT, kann als gemischt bezeichnet werden. Während die Flüchtlinge im SPIEGEL und in der ZEIT ausgewogen und tendenziell eher positiv dargestellt wurden, sind sie im FOCUS ausschließlich mit negativen Eigenschaften und Folgen in Verbindung gebracht worden.

Von 250 Argumenten im SPIEGEL (407 insgesamt), die sich klar für bzw. gegen die Aufnahme von Flüchtlingen oder Flüchtlinge generell ausgesprochen haben, konnten wir 133 Pro-Argumente (~53%) und 117 Contra-Argumente (~47%) identifizieren. In der ZEIT haben die positiven Argumente mit 141 (~54%) von 259 Argumenten (468 insgesamt) ebenfalls leicht überwogen im Gegensatz zu 118 negativen Argumenten (~46%). Im FOCUS wurden 12 positive und 17 negative Argumente (insgesamt 57) identifiziert. Im gesamten Diskurs waren also von insgesamt 538 analysierten Argumenten, die entweder positiv oder negativ wertend waren, 286 Pro-Argumente (etwa 52%) und 252 Contra-Argumente (etwa 48%) vertreten.

In der positiven Repräsentation wurde in beiden Zeitungen vor allem mit dem *humanitären Topos* argumentiert (SPIEGEL: 73; ZEIT: 57 Mal). Überwiegend wurden hier allgemein anerkannte Normen und Werte wie Solidarität und der Schutz von Hilfsbedürftigen betont, die sich laut SPIEGEL in der Flüchtlingspolitik niederschlagen sollten (SPIEGEL: 42 Mal; ZEIT: 47 Mal; FOCUS 12 Mal). Zudem wurde häufig die besondere Verantwortung Deutschlands, bzw. der wohlhabenden Länder, gegenüber den Flüchtlingen erwähnt (SPIEGEL: 26 Mal; ZEIT: 10 Mal), wie beispielsweise in folgendem Zitat aus der ZEIT:

"Aus diesen und allgemeinen, moralischen Gründen rechtfertigt sich [...] die Verpflichtung der Wohlstandsgesellschaften zu einer großzügigen Einwanderungspolitik, welche die Zuwanderung nach Maßgabe der vorhandenen Kapazitäten steuert." (Die ZEIT, Heft 22 vom 28.05.1993)

Die Flüchtlinge wurden außerdem insofern weitgehend positiv dargestellt, als dass die Schuld für die Überforderung im Land nicht ihnen, sondern der Politik und den Medien selbst zugesprochen wurde. Diese würden in der Verantwortung stehen, die Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung befeuert zu haben. Die positive Darstellung von Flüchtlingen wurde weiterhin häufig mit dem Kultur-Topos begründet (SPIEGEL: 20; ZEIT: 26 Mal). So wurde etwa dafür plädiert, kulturelle Unterschiede abzubauen und die positiven Aspekte einer vielfältigen und toleranten Gesellschaft betont (SPIEGEL: 9; ZEIT: 14 Mal). Auch wurde unter dem *Ökonomischer Nutzen-Topos* mit dem Finanz-Topos die positiven ökonomischen Auswirkungen der Einwanderer für die heimische Wirtschaft herausgestellt (SPIEGEL: 9; ZEIT: 13 Mal), wie beispielsweise in folgendem Argument:

"Alle profitieren, Asyl gibt Arbeit, Asyl bringt Geld, Asyl macht alles billiger. Asyl ist für die deutsche Wirtschaft längst zum Milliardengeschäft geworden." (Die ZEIT 1993, Heft 3 vom 15.01.1993)

Während also in der Argumentation Pro Flüchtlinge der humanitäre Topos überwogen hat sowie Kultur und ökonomischer Nutzen, ist gegen die Aufnahme von Flüchtlingen zumeist mit dem *Ökonomischen Nutzen-Topos* argumentiert worden (SPIEGEL: 35; ZEIT: 50; FOCUS: 17 Mal). Insbesondere wurde die wirtschaftliche bzw. administrative Machbarkeit infrage gestellt (SPIEGEL: 23; ZEIT: 34; FOCUS: 17 Mal). Hier wird die starke Ambiguität der meisten Topoi deutlich, die im Diskurs einerseits als Pro- und andererseits als Contra-Argumente verwendet werden können. Der ökonomische Machbarkeits-Topos wurde zudem häufig in Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Rezession und hohen Arbeitslosigkeit gebracht und wurde oft mit der Nennung vieler und hoher Zahlen untermauert, wie in folgendem Beispiel:

„Behörden und Politiker haben die Folgen des Kriegsdramas auf dem Balkan bislang weit unterschätzt. Neben dem von der Bundesregierung vereinbarten Kontingent von rund 10 000 bosnischen Flüchtlingen, die im vergangenen Sommer eingereist sind, halten sich mittlerweile über 300 000 weitere Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien in

Deutschland auf (Der SPIEGEL 1993, Heft 35 vom 30.08.1993)."

Zudem wurden Flüchtlinge schon 1993 vermehrt mit dem Vorwurf des Asylmissbrauchs negativ dargestellt (SPIEGEL: 10 Mal; ZEIT: 12 Mal), in dessen Zusammenhang auch Wörter wie „Scheinasylanten“, „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Armutsflüchtlinge“ auftauchen. Die Ausnutzung des Sozialhilfebezugs wird in einigen Fällen beschrieben, wie etwa in diesem Beispiel aus der ZEIT, wo über eine Familie aus dem Balkan berichtet wird:

"Im nächsten Wohnwagen wohnte eine vierköpfige Familie, deren Vater regelmäßig arbeitete, während Hako keine Arbeit annahm, da ihm jeder Verdienst von der Sozialhilfe abgezogen würde." (Die ZEIT, Heft 48 vom 26.11.1993)

Weiterhin haben vor allem SPIEGEL und ZEIT unter dem *Gefahren-Topos* gegen die Aufnahme von Flüchtlingen argumentiert (SPIEGEL: 48; ZEIT: 29 Mal). So wurde Flüchtlingen mehrfach eine erhöhte Bereitschaft zu Kriminalität (zu der auch die zunehmende illegale Einreise zählte) vorgeworfen (SPIEGEL: 27; ZEIT: 11 Mal), wie in folgendem Beispiel aus der ZEIT:

“Die klauen, was nicht niet- und nagelfest ist. Die Friedhofsbesucher trauen sich schon lange nicht mehr, ihre Fahrräder am Zaun abzustellen.” (Die ZEIT, Heft 46 vom 12.11. 1993)

Weiterhin wurden Flüchtlinge häufig als Bedrohung für die innere Sicherheit konstruiert (SPIEGEL: 15 Mal; ZEIT: 18 Mal), wobei teilweise auf die wachsende fremdenfeindliche Gewalt in Deutschland verwiesen wurde.

Zusammenfassend haben wir festgestellt, dass Flüchtlinge 1993 relativ ausgewogen und tendenziell eher positiv dargestellt wurden, hauptsächlich unter Rückgriff auf Argumente der Humanität, Verantwortung, Kultur und ökonomischer Nutzen. In der Argumentation gegen die Aufnahme von Flüchtlingen wurden diese dagegen überwiegend als ökonomische und administrative Belastung und innere Sicherheitsbedrohung konstruiert, sowie mit erhöhter Bereitschaft zu Kriminalität und dem Vorwurf des Asylmissbrauchs in Verbindung gebracht. Unabhängig von einer Pro/Contra Einteilung ist im medialen Diskurs 1993 in engem Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik zudem die wachsende Fremdenfeindlichkeit und rassistische Gewalt in Deutschland thematisiert worden (SPIEGEL: 65 Mal; ZEIT: 27 Mal).

Wie oben bereits erwähnt wurde, war der Begriff “Balkanflüchtling” oder verwandte Begriffe im Jahr 1993 in den Medien noch nicht präsent. Obwohl sie nicht als separate oder eigene Flüchtlingsgruppe benannt wurden, waren Flüchtlinge aus dem Balkan dennoch ein Thema und wurden hauptsächlich als Beispiele für Flüchtlingsschicksale herangezogen. So wurden sowohl Fluchtgeschichten als auch das Leben von Flüchtlingen aus dem Balkan in Deutschland thematisiert. In diesem Zusammenhang wurden vor allem die schlechten, menschenunwürdigen Verhältnisse erwähnt, in denen die Flüchtlinge in Deutschland lebten. Als Gruppe besonders hervorgehoben wurden 1993 Sinti und Roma (siehe unten).

6.2. *Balkanflüchtlinge im medialen Diskurs 2015*

Die Repräsentation von Balkanflüchtlingen im medialen Diskurs ist von 1993 bis 2015 generell negativer und ablehnender geworden. Der Diskurs bleibt gemischt. Während der SPIEGEL und die ZEIT relativ ausgewogen und differenziert pro bzw. contra Balkanflüchtlinge argumentieren, ist im FOCUS weiterhin kein positives Argument zu finden.

Im Jahr 2015 wurden im SPIEGEL von 64 analysierten Argumenten, die sich explizit auf Flüchtlinge aus der Balkanregion bezogen und diese positiv oder negativ bewertet haben (84 insgesamt), 26 (rund 41%) mit einem „Pro“ markiert. Dagegen waren 38 von 64 Argumenten (84 insgesamt) (rund 59%) negativ wertend. Im FOCUS wurden Balkanflüchtlinge in 37 von 45 Argumenten (51 insgesamt) negativ bewertet (rund 82%). Acht von 45 Argumenten (51 insgesamt) im FOCUS stellten Balkanflüchtlinge

positiv dar (rund 18%). In der ZEIT wurde von insgesamt 165 identifizierten Argumenten in 82 Argumenten (etwa 50%) eine flüchtlingsfreundliche Position vertreten, während 83 (etwa 50%) Argumente die Einwanderung dieser Gruppe negativ bewertete. Medienübergreifend wurde von insgesamt 274 analysierten Argumenten, die sich explizit auf Flüchtlinge aus der Balkanregion bezogen haben, in 116 Argumenten (circa 42%) eine flüchtlingsfreundliche Position vertreten. Dagegen wurden 158 (circa 58%) Argumente gefunden, die Balkanflüchtlinge negativ darstellen. Im Jahr 2015 kann also im Vergleich zum Jahr 1993 eine Abkehr von der tendenziell positiven Darstellung von Balkanflüchtlingen festgestellt werden.

Im Jahr 2015 zeigt sich bezüglich der Argumentationsweisen ein ähnliches Bild wie 1993. Hauptsächlich wurde der *humanitäre Topos* genutzt, um sich für Balkanflüchtlinge und eine humane Flüchtlingspolitik einzusetzen (FOCUS: 6 Mal; SPIEGEL: 11 Mal; ZEIT: 39 Mal). Besonders stark vertreten war dabei der Werte-Topos (FOCUS: 2 Mal; SPIEGEL: 9 Mal; ZEIT: 35 Mal). Mit dem Topos Entwicklungshilfe wurde dafür argumentiert, die Balkanstaaten finanziell zu unterstützen, da nur so eine längerfristige Lösung der Flüchtlingsproblematik möglich wäre. Am häufigsten wurde hierbei auf die Hilfsbedürftigkeit dieser Gruppe hingewiesen, wie etwa durch die Darstellung der katastrophalen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen in den Herkunftsländern. Insbesondere die Diskriminierung von Sinti und Roma in vielen Ländern Osteuropas wurde einige Male erwähnt. In diesem Zusammenhang wurden Balkanflüchtlinge im folgenden Zitat eindeutig als Opfer konstruiert:

"Es ist zwanzig Jahre her, dass der Krieg in Bosnien-Herzegowina zu Ende ging. Doch auf die Beine kommt das kleine Land nicht. Es herrschen Misswirtschaft, Korruption und Arbeitslosigkeit. Die jungen, gebildeten Menschen verlassen in Scharen das Land." (Die ZEIT, Heft 35 vom 10.09.2015)

Überraschend oft wird argumentiert, dass ausgewählte und beruflich qualifizierte Fachkräfte aus den Balkangebieten, so genannte Arbeitsmigranten, die deutsche Wirtschaft nachhaltig stärken könnten. Beispielsweise betonen 14 Argumente in der ZEIT und zehn Argumente im SPIEGEL die Arbeitswilligkeit und den *ökonomischen Nutzen* der Asylbewerber. Unter dem Topos Finanzen wurde wie bereit 1993 der wirtschaftliche Nutzen der Balkanflüchtlinge für die Gesellschaft betont (SPIEGEL: 8 Mal; ZEIT: 12 Mal). In diesem Zusammenhang wird häufig für die Förderung der Arbeitsmigration aus dem Balkan und ein Einwanderungsgesetz argumentiert. Im Jahr 2015 sprachen sich auch viele *kulturelle Argumente* für Balkanflüchtlinge aus (FOCUS: 2; SPIEGEL: 5 Mal; ZEIT: 23 Mal). Beispielsweise wurden unter dem Topos Geschichte Vergleiche zur Flüchtlingskrise in den 90ern während der Jugoslawienkriege gezogen (SPIEGEL: 3 Mal; ZEIT: 7 Mal), verbunden mit dem Appell aus den Fehlern der Vergangenheit, die insbesondere von der deutschen Politik begangen wurden, zu lernen. In diesem Kontext wird dem „Sozialschmarotzer“-Argument vereinzelt widersprochen.

"Ich will von niemandem ein Geschenk. Ich will für mich selbst sorgen, ich will keine Hilfe vom Staat. Schauen sie meine Hände an, ich kann heute sofort jede Arbeit machen. Ich bin ein guter Schweißer, ich bin sehr gut im Gartenbau." (Die ZEIT, Heft 40 vom 16.10.2015)

Die Asylpolitik, insbesondere die Änderung des Asylrechts durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, wird durchgängig negativ dargestellt und scharf kritisiert. Eine Mit- wenn nicht die Hauptschuld für deren Nichtfunktionieren wird dabei der deutschen politischen Führung zugeschrieben. Zudem werden die Politik und auch die Medien selbst für den zunehmenden Rassismus und Extremismus in der deutschen Gesellschaft verantwortlich gemacht. Auch wenn von (Balkan)Flüchtlingen also oft ein negatives Bild gezeichnet wird, werden diese gleichzeitig nicht als eigentliches Problem dargestellt, sondern Politik und Medien, die nicht angemessen mit ihnen bzw. ihrer Zunahme umgehen.

Auf der Contra-Seite überwogen erneut Machbarkeits- bzw. Überlastungsargumente. Am häufigsten wurde hier mit dem Topos *ökonomischer Nutzen* argumentiert (FOCUS: 27 Mal; SPIEGEL: 28 Mal;

ZEIT: 29 Mal). Mit der Begründung Balkanflüchtlinge überlasten unser Land wirtschaftlich und administrativ wurde für deren Abschiebung argumentiert, oder zumindest dafür, nicht noch mehr ins Land zu lassen (FOCUS: 27 Mal; SPIEGEL: 21 Mal; ZEIT: 10 Mal). Auch das Missbrauchsargument tritt stärker in den Vordergrund, wenn es explizit um Balkanflüchtlinge geht (SPIEGEL: 8 Mal; ZEIT: 19 Mal). Diese wirtschaftlichen Argumente werden fast immer für die Verabschiedung des Asylpaketes angebracht. Ein Beispiel:

"Von den knapp 196 000 Erstanträgen auf Asyl in diesem Jahr stammen über 40 Prozent von Flüchtlingen aus dem Westbalkan. Nur ein Bruchteil von ihnen erhält Asyl. Union und SPD wollen deshalb die Liste der sicheren Drittstaaten um den Kosovo, Albanien und Montenegro erweitern. Das würde schnellere Verfahren ermöglichen und soll abschreckend wirken" (Der SPIEGEL, Heft 35 vom 22.08.2015).

Unter dem *humanitären Topos* wird die Argumentation mit Werten, wie z.B. Grundrechten, nun zum Teil umgedreht. Gerade um die Willkommenskultur in Deutschland und das Asylgrundrecht zu erhalten, sollte die Einwanderung von Balkanflüchtlingen gestoppt werden. Im Rahmen des *Gefahren Topos* wurde vor allem mit dem Vorwurf/dem Topos der Kriminalität gegen Balkanflüchtlinge argumentiert (FOCUS: 4 Mal; SPIEGEL: 3 Mal; ZEIT: 10 Mal). So wurden sie mit Diebstahl, Gewalt und anderen kriminellen Handlungen in Verbindung gebracht. Vor allem in der ZEIT ist auch 2015 im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik immer wieder das Thema Fremdenfeindlichkeit angesprochen worden (ZEIT: 7 Mal).

Im Diskurs 2015 lässt sich feststellen, dass Flüchtlinge vom Balkan im Vergleich zu 1993 sehr viel häufiger mit dem Vorwurf des „Asylmissbrauchs“ in Verbindung gebracht wurden und Begriffe wie „Armutsfüchtlinge“, „Sozialkassierer“ und „Scheinasylanten“ verstärkt auftauchten. Die schwierige wirtschaftliche und politische Lage in den Herkunftsländern wird zwar durchaus anerkannt, doch wird argumentiert, dass diese Gruppe nicht unmittelbar politisch verfolgt wird und deshalb keinen Anspruch auf Asyl haben sollte. In diesem Zusammenhang wird auch die verstärkte Kategorisierung der Flüchtlinge in eine „erste“ und „zweite“ Klasse deutlich, die Kriegsflüchtlingen aus Syrien und dem Nahen Osten eindeutig Vorrang vor den vermeintlichen „Wirtschaftsflüchtlingen“ einräumt. Zahlen werden in den Medien fast nur dann verwendet, wenn sie hoch sind und hauptsächlich um negative Argumente gegen Balkanflüchtlinge oder Flüchtlinge im Allgemeinen zu untermauern.

6.3 Sinti und Roma im medialen und politischen Diskurs 1993 und 2015

Die Gruppe der Sinti und Roma ist insofern sehr interessant für unsere Analyse, als es sich hierbei um eine Gruppe innerhalb der Balkanflüchtlinge handelt, die in ihren Herkunftsländern systematischer Diskriminierung bis hin zur konkreten Bedrohung ihrer Existenz ausgesetzt ist. Unsere Eingangsvermutung war also, dass Sinti und Roma im Diskurs um Balkanflüchtlinge eine Sonderposition einnehmen und ihre vergleichsweise konkrete Gefährdung eine eher positive Einstellung ihnen gegenüber fördern würde, bzw. ihnen wahrscheinlicher das Recht auf Asyl zugesprochen würde.

Unsere Analyse hat ergeben, dass die Gruppe der Sinti und Roma sowohl 1993 wie auch 2015 besonders hervorgehoben wurde. Dabei lässt sich jedoch keine eindeutig negative bzw. positive Darstellung erkennen. Vielmehr variierte die Darstellung dieser Gruppe innerhalb des medialen und politischen Diskurses teilweise stark, so zum Beispiel zwischen den verschiedenen Zeitungen. Sinti und Roma etwa gleich häufig positiv und negativ bewertet. Als zentrales Argument gegen Sinti und Roma wurde die kulturelle Verschiedenheit der Gruppe angeführt, die ein friedliches Zusammenleben und eine Integration erschwere. Auch mit dem Belastungstopos wurde einige Male gegen diese Gruppe argumentiert. Ihnen wurde auch oftmals ein Hang zur Kriminalität unterstellt und schlechte moralische Maßstäbe vorgeworfen, wie in folgendem Zitat:

"In Köln zum Beispiel häuften sich Trickdiebstähle vor dem Dom. Die Täter waren meist junge Sinti und Roma aus Rumänien. Herr Rose, Sie müssen doch erkennen, daß Mitglieder Ihrer Volksgruppe vom Balkan oder aus Polen hierherkommen, die aufgrund ihrer bisherigen Lebensart andere Verhaltensformen haben." (Der SPIEGEL, Heft vom 09.08.1993)

Es wird hier deutlich, dass Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile im Diskurs um Sinti und Roma eine bedeutende Rolle gespielt haben. Gleichzeitig wurde dies teilweise wiederum von den Medien aufgegriffen und diese Gruppe als Opfer von Fremdenhass und extremistischer Gewalt, welche nicht zuletzt durch die Medien angefeuert wird, konstruiert; hierdurch wurde implizit an das Verantwortungsbewusstsein der Bevölkerung appelliert. Hier zeigt sich eine Ambiguität im Diskurs. Explizit positiv wurde auch vereinzelt gegen den Vorwurf der Kriminalität argumentiert oder gegen das Belastungsargument, indem der ökonomische Nutzen der Einwanderer betont wurde. Am stärksten vertreten in der Pro-Argumentation waren solche Argumente, die den kulturellen Austausch befürworteten und an humanitäre Grundwerte appellierten. Beispielsweise wurde im SPIEGEL das Argumente hervorgebracht, dass Sinti und Roma innerhalb der Gruppe der Balkanflüchtlinge noch am ehesten „echte“ Asylgründe hätten, da sie in ihren Heimatländern verfolgt und diskriminiert werden. Ein Beispiel für diese Argumentation in der ZEIT sah etwa folgendermaßen aus:

"Um der Verfolgung zu entgehen - und keineswegs nur aus ökonomischen Gründen, wie ihnen gern unterstellt wird -, sind in den vergangenen Jahren wieder vermehrt osteuropäische Roma nach Deutschland geflohen." (ZEIT Geschichte, Heft 4 vom 04.12.2015)

Es lässt sich zusammenfassen, dass der Diskurs um Sinti und Roma ebenso polarisiert zu sein scheint, wie der allgemeine Diskurs um Balkanflüchtlinge. Im Gegensatz zur allgemeinen Gruppe der Balkanflüchtlinge konnten wir hier keine eindeutig negative Entwicklung ihrer Repräsentation von 1993 bis 2015 beobachten. Vielmehr war der Diskurs in beiden ausgewählten Jahren von starken Ambiguitäten geprägt, dabei waren die Anteile der positiven bzw. negativen Repräsentationen insgesamt aber sehr ausgeglichen.

7. Abschließender Vergleich

Abschließend sollen noch einmal die Ergebnisse des politischen und medialen Diskurses verglichen und ihre zeitliche Entwicklung im jeweiligen Diskurs zusammengefasst werden.

Im *politischen Diskurs* von 1993 bis 2015 konnte die Einwicklung von einer positiven zu einer negativen Repräsentation der Balkanflüchtlinge beobachtet werden. Dabei ist der Diskurs 2015 wesentlich differenzierter als 1993; es wird eine größere Anzahl an unterschiedlichen Argumenten sowohl für, als auch gegen Balkanflüchtlinge verwendet. Recht ist ein durchgehend wichtiger Topos in den parlamentarischen Debatten. Mit dem rechtlichen Status von Balkanflüchtlingen wurde 1993 am häufigsten für und 2015 am häufigsten gegen diese argumentiert. Betont wurde in beiden Debatten die besondere Schutzbedürftigkeit von Bürgerkriegsflüchtlingen. Denen entgegengesetzt wurden immer die Wirtschaftsmigranten, die deren Ansprüche gefährden würden. In beiden Debatten war ein wichtiger Bestandteil, dass dieses Grundrecht durch die Erklärung eines Landes zu einem sicheren Herkunftsland grundsätzlich außer Kraft gesetzt wurde. Außerdem wurde insbesondere 1993 deutlich, dass die Argumentation für oder gegen Balkanflüchtlinge nicht zwingend anhand parteipolitischer Grenzen verlaufen muss. Stattdessen gab es durchaus universale Standardargumente (vgl. Niehr 2001: 114), die von allen Parteien genutzt wurden, um sich für Balkanflüchtlinge auszusprechen. Im Jahr 2015 kommt die Trennung entlang von Parteien des Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Spektrums dagegen stärker durch. So argumentierte die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD grundsätzlich gegen Balkanflüchtlinge, die Opposition aus den Grünen und der LINKEN für diese.

Auch im *medialen Diskurs* vollzog sich die Entwicklung von einer positiven zu einer negativen Repräsentation von Balkanflüchtlingen von 1993 bis 2015. Die Argumentation war dabei in beiden Jahren ähnlich. Für Balkanflüchtlinge wurde hauptsächlich der humanitäre Topos angeführt. Besonders Werte wie die Solidarität mit Flüchtlingen wurden genutzt, um sich für diese einzusetzen. Auch der kulturelle und der ökonomische Topos spielten eine wichtige Rolle, um ein positives Bild von Balkanflüchtlingen zu zeichnen. Gegen Balkanflüchtlinge wurde hauptsächlich mit den Topoi ökonomischer Nutzen und Gefahr argumentiert. Balkanflüchtlinge wurden nach diesen Argumentationen als wirtschaftliche und administrative Überlastung für Deutschland dargestellt. Sie wurden in beiden Jahren als Gefahr konstruiert, indem sie mit zunehmender Kriminalität in Verbindung gebracht wurden. Hier findet sich ein erster Anhaltspunkt für zukünftige Forschung, die untersuchen könnte, wieso die Argumentationsmuster des medialen Diskurses über die Jahre so stabil waren, während sie sich im politischen Diskurs, zumindest was die Anzahl und Variabilität der Argumente anbelangt, verändert haben.

Im horizontalen Vergleich zwischen politischem und medialen Diskurs fällt zunächst auf, dass der politische Diskurs wesentlich undifferenzierter geführt wurde als der mediale und von wenig Variabilität in den Argumenten geprägt ist. In beiden Diskursen waren wirtschaftliche Argumente prägnant, vor allem in der Argumentation gegen Balkanflüchtlinge. Hinzu kommt, dass der Topos Recht im politischen Diskurs eine wesentlich größere Rolle gespielt hat, als im medialen Diskurs, in welchem nur sehr wenige rechtliche Argumente vorgebracht wurden. Außerdem ist anzumerken, dass die Repräsentation von Balkanflüchtlingen im politischen Diskurs 1993 wesentlich positiver und 2015 wesentlich negativer war als im jeweiligen medialen Diskurs (gemessen am prozentualen Anteilen der Pro/Contra Argumente an der Gesamtzahl). Unsere These, dass es sich beim medialen um einen wesentlich diffuseren Diskurs als beim politischen handelt, in dem Argumente weniger eindeutig formuliert werden und folglich schwerer zu identifizieren sind, konnte durch die Analyse bestätigt werden.

Eine Interpretation der Ergebnisse bzw. eine Erklärung der Unterschiede in den Ergebnissen kann in dieser Arbeit nicht geleistet werden. Ein möglicher Grund für die Veränderungen in der Repräsentation von Balkanflüchtlingen könnten die unterschiedlichen historischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Kontexte der jeweiligen Jahre sein. Dieses Argument würde der "These vom Zusammenhang zwischen sozio-historischen Gegebenheiten und öffentlichem sprachlichen Handeln" folgen (Niehr 2000: 125). Der unterschiedliche rechtliche Kontext in den untersuchten Jahren bringt hier noch einmal das Problem der mangelnden Vergleichbarkeit ins Spiel. Da Balkanflüchtlinge 1993 als rechtmäßige Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt wurden und 2015 nicht mehr, kann man argumentieren, dass das von uns gefundene Ergebnis allein auf diesen Umstand zurückzuführen ist und daher nicht überraschend war. Das Ergebnis der politischen Debatte spricht sogar zum Teil für diese Argumentation. Die Analyse der medialen Debatte widerspricht ihr jedoch. Die rechtliche Stellung der Flüchtlinge wurde in den Medien in beiden Jahren zwar thematisiert; der Topos Recht spielte jedoch eine geringere Rolle als im politischen Diskurs. Zukünftige Arbeiten könnten in diesem Zusammenhang untersuchen, wieso das so ist. Mit Bezug auf den horizontalen Vergleich zwischen den zwei Diskursebenen, kann man sich auch die unterschiedlichen institutionellen Settings von Zeitungsmedien einerseits und Parlamenten andererseits anschauen. Diese üben höchstwahrscheinlich ebenfalls einen starken Einfluss auf die Art der geführten Debatten und die verwendeten Argumente aus. Eine genaue Erläuterung würde hier zu weit führen. Unser Ziel war es auch nicht die gefundenen Unterschiede zu erklären. Vielmehr sollten die Veränderungen ein Anhaltspunkt für weitere Forschung sein können.

8. Kritische Reflexion

Die kritische Reflexion der Ergebnisse wird anhand von drei Dimensionen vorgenommen. Problematisiert werden die Repräsentationen von Balkanflüchtlingen, die von zahlreichen Ambiguitäten geprägt sind. In diesem Zusammenhang wird ein Rückgriff auf die wissenschaftliche Literatur stattfinden. Des Weiteren werden wir sowohl die Rolle der Medien, die den Flüchtlingen Bedeutungen zuschreiben und in den öffentlichen Diskurs bringen, als auch von uns Autoren reflektieren.

Problematisch an den von uns gefundenen Repräsentationen im politischen und medialen Diskurs in Deutschland ist zunächst, dass diese ein negatives Bild von Balkanflüchtlingen innerhalb unseres Zeitraumes nicht nur gefestigt, sondern sogar noch verstärkt haben. Die Chance aus der Vergangenheit zu lernen und vor dem Hintergrund einer erneuten Flüchtlingskrise ein alternatives Bild dieser spezifischen Gruppe von Flüchtlingen zu fördern, wurde weder von den Medien noch von der Politik genutzt. Das Gegenteil ist der Fall. Balkanflüchtlinge wurden schon 1993 (damals als Kriegsflüchtlinge) und verstärkt 2015 mit negativen Eigenschaften und Gefahren wie zunehmender Kriminalität in Verbindung gebracht. Die Repräsentation von Balkanflüchtlingen als Problem, das die deutsche Gesellschaft wirtschaftlich, administrativ und kulturell überlastet, ist allgegenwärtig im Diskurs. Ihre Repräsentation hängt dabei stark von deren Fluchtursachen ab: Dabei kommt dem (Bürger-)Kriegsflüchtling der Status "guter Flüchtling" (mit Anspruch auf Asyl) und dem Wirtschaftsmigranten der Status "böser Flüchtling" (ohne Anspruch auf Asyl) zu. Auch die Haltung der Parteien in beiden Jahren spiegelt diese grundsätzliche Differenzierung und Bedeutungszuschreibung überwiegend wieder. Besonders eingängig wird häufig mit hohen Zahlen gearbeitet, die das Bild einer "Masse" an Balkanflüchtlingen, die in Deutschland "einfällt", unterstreichen sollen. Dass eine solche Darstellung nicht unbedingt den Fakten entspricht, setzt man die Zahlen beispielsweise mit der deutschen Bevölkerungszahl in Relation, wird sowohl in den Medien als auch in der Politik häufig übersehen. Gerade diese Repräsentationen werden hauptsächlich von Politikern aber auch von den Medien genutzt, um politische Maßnahmen zu legitimieren, die eindeutig auf den Ausschluss von Balkanflüchtlingen aus Deutschland und seiner Gesellschaft abzielen. Aus diesem Grund sind gerade diese Repräsentationen problematisch.

Weiterhin wurde unsere Annahme bestätigt, dass auch dem spezifischen Diskurs um Balkanflüchtlinge eine dichotome Täter-Opfer Struktur innewohnt; somit kann Niedrigs (2015) Argument in diesem Fall bestätigt werden. Allerdings werden die Balkanflüchtlinge nicht konstant als "Täter" konstruiert, sondern vielmehr variiert ihre Darstellung in beiden Jahren und ist von zahlreichen Ambiguitäten geprägt: Zum einen werden Balkanflüchtlinge als „Opfer“ von Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt konstruiert, für die man Verantwortung tragen muss. Zum anderen werden sie durch die verstärkte Verknüpfung der Flüchtlingsthematik mit Fremdenfeindlichkeit implizit als Ursache dieser Gewalt konstruiert und somit als Sicherheitsbedrohung bzw. als „Täter“ wahrgenommen. Diese Kategorisierung findet sich auch in der breiteren Argumentation wieder: Ein großer Teil der Argumente, die Flüchtlinge positiv darstellen, vor allem der überproportional vertretene humanitäre Topos, konstruieren diese als "Opfer" stellen damit die Hilfsbedürftigkeit dieser Gruppe heraus. Mit dem Verantwortungs-Topos kommt Deutschland dabei häufig die Rolle des "Retters" zu. In der Argumentation gegen Flüchtlinge werden diese indes häufig als "Täter" und Bedrohung für die eigene Ordnung dargestellt, wie beispielsweise durch die Topoi Kriminalität, innere Sicherheit und ökonomische bzw. administrative Belastung. Ein weiterer Widerspruch ergibt sich aus den gerade von westlichen Medien und Politikern propagierten humanitären Werten, wie die Verpflichtung zur Achtung von Menschenrechten, und dem gleichzeitigen Vorantreiben von Politikern gegen Asylbewerber, die diese Werte eindeutig verletzen (Asylkompromiss 1993 und Asylpaket 2015). Auch wenn die Medien diese Maßnahmen gegenüber wesentlich kritischer sind als die Politik, übernehmen sie doch diesen Widerspruch in den öffentlichen Diskurs. Die im Literaturüberblick

bereits angedeutete Ambiguität zwischen der Ausgrenzung von Asylbewerbern auf der einen Seite und deren gleichzeitige Anerkennung als Teil der Gesellschaft auf der anderen Seite, jeweils um die eigene Identität zu konstituieren, spiegelte sich in unserer Medienanalyse deutlich wieder. So wurde in großem Maß mit Gefahrenargumenten (innere Sicherheit, Kriminalität etc.) für die Ausgrenzung von Asylbewerbern, 2015 hauptsächlich Balkanflüchtlingen argumentiert, z.B. durch möglichst schnelle Abschiebung. Gleichzeitig wurde aber immer wieder der wirtschaftliche Wert betont, den Balkanflüchtlinge für unsere Gesellschaft haben könnten (jedoch immer verbunden mit der Forderung nach gezielter, nicht unbegrenzter Einwanderung). Der Gegensatz zwischen der Notwendigkeit von Einwanderung und der gleichzeitigen Überforderung durch Flüchtlinge erzeugt Spannungen im Diskurs und in der Politik.

Widersprüche und Ambiguitäten sind generell negativ konnotiert. Wir möchten aber in eine andere Richtung argumentieren. Gerade von diesen Widersprüchen und Schnittstellen zwischen verschiedenen Diskursen, die auf den ersten Blick unvereinbar erscheinen, können Veränderungen ausgehen. Nur durch Diskussionen und „Kämpfe“ kann sich ein Diskurs transformieren. Wir stimmen also dafür, die tiefgreifenden Ambiguitäten innerhalb des Diskurses um Balkanflüchtlinge als Chance anzusehen, um nicht nur Alternativen stärker in den öffentlichen Fokus zu rücken, sondern den Diskurs selbst in eine neue Richtung zu lenken. Insofern sollten Ambiguitäten sogar als etwas Positives angesehen und von diskursiven Akteuren wie Medien und vor allem Politikern, die diese Ambiguitäten bisher eher ignoriert oder verschleiert haben, gefördert werden.

Unsere Ergebnisse zeigen weiterhin, dass der ökonomische Nutzen Topos sowohl 1993 als auch 2015 sehr präsent im Diskurs war, wobei er überwiegend in der Argumentation gegen Flüchtlinge eingesetzt wurde anstatt für sie, beispielsweise durch den Verweis auf die ökonomische Belastung und den Missbrauch von Sozialleistungen. Somit kann auch in unserem Fall bestätigt werden, dass Flüchtlinge, hier die besondere Gruppe der Balkanflüchtlinge, im öffentlichen Diskurs sehr häufig unter dem Aspekt des ökonomischen Nutzens betrachtet werden (Vgl. Butterwegge 2009; Kofman 2005).

Ebenfalls präsent im Diskurs war der Gefahren-Topos. Dieser war vor allem 1993 stark vertreten und überwiegend gegen Flüchtlinge verwendet worden, indem diese als Bedrohung für die innere Sicherheit konstruiert wurden und ihnen ein verstärkter Hang zu Kriminalität vorgeworfen wurde. Somit finden sich auch im Diskurs um Balkanflüchtlinge Argumentationsmuster, die dem Ansatz der Versicherheitlichung von Migration entsprechen (Vgl. Bigo 2000; Hartmann 2010, Huysmans 2000; Tsoukala 2005). Interessant ist, dass der Gefahren-Topos 2015 im Vergleich zu 1993 seltener auftritt und im politischen Diskurs in beiden Jahren kaum bedient wird. Dies könnte ein interessanter Ansatzpunkt für die weitere Forschung sein.

Zudem fällt auf, dass viele Repräsentationen von Balkanflüchtlingen den Darstellungen der Balkanregion aus den Balkandiskursen ähneln, die im Literaturüberblick kurz dargelegt wurden. Die „Gewaltbereitschaft der Balkanvölker“ spiegelt sich beispielsweise in der häufigen Verwendung des Kriminalitätstopos gegen Balkanflüchtlinge wieder (vgl. Hansen 2006). Auch wenn Balkanflüchtlinge nicht explizit als barbarisch oder rückständig bezeichnet werden, so findet sich doch häufig die Verbindung von Balkanflüchtlingen mit moralisch fragwürdigen Werten (vgl. Balkandiskurs Hansen 2006). Gleichzeitig wird aber gerade in den Medien häufig die humanitäre Verantwortung Deutschlands gegenüber den Balkanflüchtlingen betont, eine Darstellung die eher an den Genoziddiskurs erinnert (vgl. Hansen 2006).

Ruth Wodak und Bernd Matouschek schreiben den Medien eine besondere Rolle bei der Förderung von Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft zu (Wodak/Matouschek 1993: 226). Die Medien bestärken laut den Autoren bestehende Vorurteile und Stereotype und heizen die ohnehin schon vorhandene Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft weiter an (ebd.). Ein Problem an der Rolle der Medien ist, dass

diese die weitgehend negativen Repräsentationen von Balkanflüchtlingen weiter reproduzieren, selbst wenn sie diese kritisch diskutieren oder widerlegen wollen. Sie sorgen also dafür, dass diese negativ konnotierten Bedeutungen in der Gesellschaft präsent bleiben und stärken damit den dominanten Diskurs.

Wir als Autoren dieses Textes dürfen uns bei der Kritik nicht außen vor nehmen und müssen uns bewusst sein, „(...) what that which we do does“ (Neumann 1996: 167). Mit diesem Artikel nehmen wir aktiv am Diskurs um Balkanflüchtlinge teil und müssen uns fragen, ob unsere Analyse und bestimmte Formulierungen Othering und Ausgrenzung nicht sogar fördern können. Auch wenn es unser Anliegen ist, die Bedeutungszuschreibungen aufzudecken und insofern Alternativen aufzuzeigen, reproduzieren wir diese gleichzeitig und könnten damit den dominanten negativen Diskurs sogar noch stärken. Unsere Rolle ist letztendlich gar nicht so verschieden von der der Medien, auch wenn wir versuchen unseren Text stärker zu reflektieren.

Gleichzeitig müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass auch wir in einen diskursiven Kontext eingebunden sind. Unsere Fähigkeit, soziale Konstruktionen zu prägen, wird stets durch verschiedene andere diskursive Strukturen beschränkt, in die wir unausweichlich eingebettet sind (Browning 2003: 65). Wir müssen uns den exklusiven Wirkungen unserer eigenen diskursiven Praktiken bewusst sein, die in unserem Fall wohl in den breiter angelegten kulturellen Frames der „Westlichen Zivilisation“ liegen (Browning 2003: 66). Die Argumentation mit Menschenrechten gehört sicherlich zu diesem westlichen Weltbild. Indem wir dieses in unserer Arbeit (weitestgehend) vertreten, schließen wir aber gleichzeitig andere Werte oder Ansichten aus, die nicht „westlich“ sind.

Auch unser Forschungsprozess muss kritisch hinterfragt werden. Aus einer solchen Distanz zum Diskurs um Balkanflüchtlinge, wie wir sie haben, beizutragen birgt die Gefahr, falsche Tatsachen als Wahrheit darzustellen und diese als dominanten Diskurs zu festigen, ein Vorgehen, das wir ja eigentlich aufdecken und kritisieren wollen. Damit verbunden ist die Frage der Repräsentativität unserer Ergebnisse. Die Methodik der kritischen Diskursanalyse ist in jedem Schritt interpretationsabhängig und wird durch unsere Vorannahmen bewusst oder unbewusst beeinflusst. Zudem grenzen wir uns aufgrund des beschränkten Zeitrahmens sowohl zeitlich als auch in der Anzahl und Umfang der Analyseebenen stark ein. Die Forschung um Balkanflüchtlinge ließe sich zusätzlich vertiefen, indem z.B. sprachliche Mittel der Bedeutungszuschreibung wie Lexik und Metaphorik im Textkorpus untersucht werden würden. Schließlich könnten auch weitere Analyseebenen hinzugezogen werden, beispielsweise durch Experteninterviews sowie die Analyse Sozialer Medien und Fernsehsendungen. Das sind mit Sicherheit Anhaltspunkte für weitere Forschung. Ebenso ließe sich die Konstruktion von anderen Flüchtlingsgruppen in Abgrenzung von den Balkanflüchtlingen untersuchen, wie beispielsweise von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien, die, wie vorher beschrieben, oftmals als Flüchtlinge „erster Klasse“ angesehen werden. Besonders spannend wäre es hier, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Repräsentation auf medialer und politischer Ebene zu identifizieren.

9. Fazit

Abschließend sollen noch einmal die Ergebnisse zusammengefasst und ein Fazit gezogen werden. Wie wir in unserer Analyse ausführlich dargestellt haben, wurde unsere Ausgangsthese bestätigt. Wir haben festgestellt, dass die Gruppe der Balkanflüchtlinge von 1993 bis 2015 sowohl im medialen als auch im politischen Diskurs zunehmend negativer dargestellt wurde. Außerdem haben wir herausgefunden, dass der politische Diskurs im Vergleich zum medialen Diskurs wesentlich polarisierter ist und der Topos Recht eine viel wichtigere Rolle in der Argumentation spielt. Weiterhin wurde gezeigt, dass der Diskurs von Ambiguitäten geprägt ist (wie zum Beispiel die unterschiedliche Konstruktion von

Balkanflüchtlingen als Opfer bzw. Täter), die genutzt werden sollten, um Veränderungen im Diskurs zu bewirken. Wir konnten in dieser Arbeit nur einen ersten Einblick in die Repräsentation von Balkanflüchtlingen geben und hoffen, dass wir dadurch weitere Forschung, möglicherweise zu einer der oben offen gebliebenen Aspekte, anstoßen können.

Die von uns gefundenen Repräsentationen sind hochproblematisch, zum einen da sie ein negatives Bild von Balkanflüchtlingen im öffentlichen Diskurs verfestigen, zum anderen aufgrund der politischen Folgen, die sie für diese Flüchtlingsgruppe haben. Daher sollte zuletzt nicht außer Acht gelassen werden, dass auch die Politiken, welche durch die obigen Repräsentationen legitimiert werden, normativ höchst problematisch sind. Grundsätzlich kritisiert werden kann die 1993 und 2015 erfolgte Erklärung zahlreicher Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern, die das Grundrecht auf Asyl praktisch außer Kraft setzt. Weiterhin ist es erstaunlich, dass ausgerechnet die Flüchtlingsgruppe, deren Aufenthalt wahrscheinlich auf die Dauer des Konflikts in ihrem Herkunftsland beschränkt ist, erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt bekommt. Dem gegenüber steht der Wirtschaftsmigrant, dem der Zugang systematisch verweigert wird, obwohl sein Anreiz zu Migration die Arbeitssuche ist.

Wir hoffen mit dem Aufdecken problematischer Repräsentationen von Balkanflüchtlingen einen Anstoß für Transformationen im Diskurs geleistet zu haben, die hoffentlich zu einer positiveren Darstellung dieser Flüchtlingsgruppe führen. Gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen realpolitischen Situation erscheint dies umso dringlicher.

10. Literaturverzeichnis:

- Bade, Klaus J./ Ottmer, J. (15.03.2005): "Flucht und Asyl seit 1990", <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56443/flucht-und-asyl-seit-1990>, Abgerufen am 03.03.16.
- Bauder, Harald (2008): "Media Discourse and the New German Immigration Law", *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol.34(1), 95-112.
- Bigo, Didier (2000): „When two become one. Internal and external securitisations in Europe.“; in: M. Kelstrup, M. Williams (Hrsg.), *International Relations Theory and the Politics of European Integration. Power, security and community*, London: Routledge, S. 171-205.
- Böke, Karin/ Jung, Matthias/ Niehr, Thomas/ Wengeler, Martin. (2000): „Vergleichende Diskurslinguistik: Überlegungen zur Analyse national heterogener Textkorpora.“; in: Niehr, Thomas/ Böke, Karin (Hrsg.), *Einwanderungsdiskurse: Vergleichende diskurslinguistische Studien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 11-36.
- Browning, Christopher (2003): "The Region-Building Approach revisited: The Continued Othering of Russia in Discourses of Region-Building in the European North", *Geopolitics* Vol. 8(1), S. 45-71.
- Buonfino, Alessandra (2004): „Between Unity and Plurality: The Politicization and Securitization of the Discourse of Immigration in Europe“, *New Political Science*, Vol.26(1), S. 23-49.
- Burtscher-Bächter, Beate (2004): "Diskursanalytisch-kontextuelle Theorien"; in; Sendl, Martin (Hrsg.), *Einführung in die Literaturtheorie*, Wien: UTB 2527, S. 257- 288.
- Butterwegge, Christoph (2009): "Zuwanderer im Zerrspiegel der Massenmedien"; in: Bisky, L./ Kriese, K./ Scheele, J. (Hrsg.), *Medien- Macht- Demokratie. Neue Perspektiven*, Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 175-198.
- Die ZEIT (28.05.1993): „Die Festung Europa und das neue Deutschland.“, Heft 22. <http://www.zeit.de/1993/22/die-festung-europa-und-das-neue-deutschland> , Abgerufen am 27.07.16.
- Die ZEIT (26.11.1993): „Ein Paradies mit Widersprüchen.“, Heft 48. <http://www.zeit.de/1993/48/ein-paradies-mit-widerspruechen> , Abgerufen am 27.07.16.
- Die ZEIT (15.01.1993): „Konjunkturprogramm Asyl.“, Heft 3. <http://www.zeit.de/1993/03/konjunkturprogramm-asyl/seite-2> , Abgerufen am 27.07.16.
- Die ZEIT Geschichte (04.12.2015): „Die ewigen Außenseiter.“, Heft 4. <http://www.zeit.de/zeit-geschichte/2015/04/sinti-und-roma-zigeuner-migration-gewalt-fremdenhass> , Abgerufen am 27.07.16.
- Die ZEIT (10.09.2015): „Kleines bosnisches Wunder.“, Heft 35. <http://www.zeit.de/2015/35/gorazde-bosnien-herzegowina-krieg-wirtschaftswunder-arbeitsmarkt> Abgerufen am 27.07.16.
- Die ZEIT (16.10.2015): „Warum muss ich gehen?“, Heft 40. <http://www.zeit.de/2015/40/kosovo-fluechtlinge-asylantrag-abschiebung>, Abgerufen am 27.07.16.
- Diez, Thomas (1999): "Speaking 'Europe': the politics of integration discourse"; in: *Journal of European Public Policy*, Vol.6(4), S. 598-613.
- Diez, Thomas (2004): „Europe's Other and the Return of Geopolitics“, *Cambridge Review of International Affairs*, Vol.17(2), S. 319-335.
- Diez, Thomas (2013): "Setting the limits: Discourse und EU foreign policy"; in: *Cooperation and Conflict*, Vol.49(3), S. 319-333.

- Foucault, M. (1974) "Die Archäologie des Wissens", London: Travistock.
- Gabrielatos, Costas/ Baker, Paul (2008): „Fleeing, Sneaking, Flooding. A Corpus Analysis of Discursive Constructions of Refugees and Asylum Seekers in the UK Press“, 1996-2005, *Journal of English Linguistics*, Vol.36(1), S. 5-38.
- Gerhards, Jürgen (1992): "Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse", *Journal für Sozialforschung*, Vol.32(3), S. 307-315.
- Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm (1990): "Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze", Berlin: WZB.
- Hansen, Lene (2006): "Security as Practice: Discourse Analysis and the Bosnian War", London (u.a.): Routledge.
- Hartmann, Betsy (2010): „Rethinking Climate Refugees and Climate Conflict: Rhetoric, Reality and the Politics of Policy Discourse“, *Journal of International Development*, Vol.22, S. 233-246.
- Herschinger, Eva/ Renner, Judith (2014): "Einleitung: Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen"; in: Herrschinger, E./ Renner, J. (Hrsg.) *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: NOMOS-Verlag, S. 9-35.
- Huysmans, Jef (2000): „Contested Community. Migration and the question of the political in the EU“; in: Kelstrup, M./ Williams W. (Hrsg.), *International Relations Theory and the Politics of European Integration. Power, security and community*, London: Routledge. S. 149-171.
- Huysmans, Jef (2000): „The European Union and the Securitization of Migration“, *Journal of Common Market Studies*, Vol.38(5), S. 751-777.
- Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) (Hrsg.) (2016): "Quartalsauflagen Print" <http://www.ivw.eu/aw/print/qa>, Abgerufen am 23.01.16.
- Jäger, Siegfried/ Zimmermann, Jens (Hrsg.) (2010): „Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste“, Münster: Unrast-Verlag.
- Jäger, Siegfried (2012): "Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung", Münster: Unrast- Verlag.
- Kálóky, Boris (11.05.2015): "Nachbarn heizen Mazedonien-Krise an", *Die Welt* (Hrsg.), <http://www.welt.de/politik/ausland/article140801576/Nachbarn-heizen-Mazedonien-Krise-an.html>, Abgerufen 03.03.16.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden- Württemberg (lpb) (Hrsg.): „Flüchtlinge in Deutschland“ www.lpb-bw.de/fluechtlingsproblematik.html#c24503, Abgerufen am 17.01.16.
- Luoma-Aho, Mika (2002): „Body of Europe and malignant Nationalism: A Pathology of the Balkans in European Security Discourse“, *Geopolitics*, Vol.7(3), S. 117-142.
- Marschall, Stefan (2001): "Das Parlament in der Mediengesellschaft - Verschränkungen zwischen parlamentarischer und massenmedialer Arena", *Politische Vierteljahresschrift*, 42 (3), S. 388-413.
- Niehr, Thomas (2000): „Parlamentarische Diskurse im internationalen Vergleich. Eine Fallstudie zu den jüngsten Asylrechtsänderungen in Deutschland und der Schweiz“; in: Niehr, Thomas/ Böke, Karin (Hrsg.), *Einwanderungsdiskurse: Vergleichende diskurslinguistische Studien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 109-135.
- Neumann, Iver (1996): "Self and Other in International Relations", *European Journal of International Relations* Vol. 2(2), S. 139-174.

- Niedrig, Heike (2015): „Ausländer und Flüchtlinge. Eine postkoloniale Diskursanalyse“; in: (u.a.) Dirim, I. (Hrsg.), *Impulse für die Migrationsgesellschaft: Bildung, Politik und Religion*. Münster: Waxmann. S. 27-37. Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 12/160 (26.05.1993): <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/12/12160.pdf> (Abgerufen: 14.07.16)
- Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 18/130 (15.10.2015): <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18130.pdf> (Abgerufen 14.07.16)
- Pereira, Cicero/ Vala, Jorge/ Costa-Lopes, Rui (2010): „From prejudice to discrimination: the legitimizing role of perceived threat in discrimination against immigrants“, *European Journal of Social Psychology*, 40, S. 1231-1250.
- ProAsyl (22.05.2015): „Im ‘sicheren Herkunftsland’ Mazedonien droht ein Bürgerkrieg“, http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/im_sicherem_herkunftsland_mazedonien_droht_ein_buerg_erkrieg/, Abgerufen 03.03.16.
- ProAsyl (18.12.2015): „Harter Winter für Balkanflüchtlinge: Massenabschiebungen bei Nacht&Nebel“, http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/harter_winter_fuer_balkanfluechtlinge_massenabschiebung_en_bei_nacht_und_nebel/, Abgerufen am 03.03.16.
- Richmond, Anthony H. (2001): „Refugees and Racism in Canada“, *Refuge: Canada's Journal on Refugees*, 19 (6), S. 12-20.
- Rumelili, Bahar (2003): „Liminality and Perpetuation of Conflicts: Turkish–Greek Relations in the Context of Community-Building by the EU“, *European Journal of International Relations*, 9 (2), S. 213-248.
- Saxton, Alison (2003): “‘I Certainly Don't Want People like That Here’: The Discursive Construction of ‘Asylum Seekers’”, *Media International Australia*, 109(1), S. 109-120.
- Schuster, Liza (2003): „Common Sense or Racism? The treatment of asylum-seekers in Europe“, *Patterns of Prejudice*, 37 (3), S. 233-255.
- Der SPIEGEL (22.08.2015): „Bloß weg“, <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/138273638>, Abgerufen am 19.06.2016.
- Der SPIEGEL (30.08.1993): „Aktion Ungehorsam“, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13691698.html>, Abgerufen am 19.06.2016.
- Der SPIEGEL (09.08.1993): “<<Greifen Sie endlich ein>>“, <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13681252>, Abgerufen am 19.06.2016.
- Tsoukala, Anastassia (2005): „Looking at Migrants as Enemies“, in: Bigo D./ Guild E. (Hrsg.), *Controlling Frontiers. Free Movement into and within Europe*, Aldershot: Ashgate, S. 161-193.
- Van Dijk, Teun A. (2000): „New(s) Racism: A discourse analytical Approach“, in: Cottle S. (Hrsg.), *Ethnic minorities and the media*, Buckingham, Philadelphia: Open University Press, S. 33-49.
- Verseck, Keno (20.05.2015): „Unruhen in Mazedonien: Europas nächster Krisenstaat“, *Der SPIEGEL* (Hrsg.), <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mazedonien-europas-naechster-krisenstaat-a-1034413.html>, Abgerufen am 03.03.16.
- Volmer, Hubertus (10.08.2015): „Fakten und Vorurteile. Woher kommen all die Flüchtlinge?“, N-TV (Hrsg.), www.n-tv.de/politik/Woher-kommen-all-die-Fluechtlinge-article15691606.html, Abgerufen am 03.03.16.
- Waeber, Ole; Buzan, Barry; Kelstrup, Morten; Lemaitre, Pierre (Hrsg.) (1993): „Identity, Migration and

the New Security Agenda in Europe”, New York: St. Martin’s Press.

Waever, Ole (1995): „Securitization and Desecuritization“; in: Lipschutz R. (Hrsg.), On Security, New York: Columbia University, S. 46-86.

Wengeler, Martin (2000): „Von „Belastungen“, „wirtschaftlichem Nutzen“ und „politischen Zielen“. Die öffentliche Einwanderungsdiskussion in Deutschland, Österreich und der Schweiz Anfang der 70er Jahre“; in: Niehr, T./ Böke, K. (Hrsg.), Einwanderungsdiskurse: Vergleichende diskurslinguistische Studien, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 135-157.

Wengeler, Martin (2003): „Topos und Diskurs: Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985)“, Tübingen: Niemeyer Verlag.

Wodak, Ruth/ Matouschek, Bernd (1993): „'We are dealing with people whose origins one can clearly tell just by looking': critical discourse analysis and the study of neo-racism in contemporary Austria“, Discourse & Society, 4 (2), S. 225-248.

Zuser, Peter (1997): „Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich. Eine Analyse des öffentlichen Diskurses 1990“, Institut für Höhere Studien (IHS), Wien. Reihe Politikwissenschaft No. 35.

Anhang

Analyse Parlamentsdebatten

Topos		Parlamentsdebatten 1993 (Total:51)		Parlamentsdebatten 2015 (Total: 36)	
Oberkategorie	Unterkategorie	Pro 36	Contra 7	Pro 6	Contra 29
ökonomischer Nutzen	Finanzen				
	Machbarkeit		7		10
	Missbrauch				4
	Mehrheitsmeinung				
Politischer Nutzen	Politische Ziele				
	Image				
	Widerspruchsfreiheit				
	Realität				
	Vergleichbarkeit				
Gefahr	Innere Sicherheit				1
	Extremismus				
	Kriminalität				

Kultur	Kulturelle Unterschiede				2
	Vorurteile				
	Geschichte				
	Europa				
	Fremdenfeindlichkeit				
Humanität	Verantwortung	5		3	
	Entwicklungshilfe				
	Werte	5			
	Gerechtigkeit				
Institutionen	Recht	26		3	12
	Autorität				
	Definitionen				
Zahlen	(Ohne Wertung)				

Tab. 1

Argumente Parteien

Parlamentsdebatte 1993	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	PDS/ DIE LINKE LISTE	FDP	Fraktionslos
Pro	12	17	1	3	1	2
Contra	1	6	0	0	0	0

Tab. 2

Parlamentsdebatte 2015	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE
Pro	0	0	4	2
Contra	24	5	0	0

Tab. 3

Analyse DER FOCUS

Topos		DER FOCUS 1993 (Total: 57)		DER FOCUS 2015 (Total: 51)	
Oberkategorie	Unterkategorie	Pro 12	Contra 17	Pro 8	Contra 37
ökonomischer Nutzen	Finanzen				
	Machbarkeit		17		27
	Missbrauch				
Politischer Nutzen	Mehrheitsmeinung				
	Politische Ziele				
	Image				
	Widerspruchsfreiheit				
	Realität				
	Vergleichbarkeit				
Gefahr	Innere Sicherheit				

	Extremismus				
	Kriminalität				4
Kultur	Kulturelle Unterschiede				
	Vorurteile				
	Geschichte				
	Europa			2	
	Fremdenfeindlichkeit				
Humanität	Verantwortung	12		4	
	Entwicklungshilfe				
	Werte			2	
	Gerechtigkeit				
Institutionen	Recht				6
	Autorität				
	Definitionen				
Zahlen	(Ohne Wertung)				

Tab. 4

Analyse DER SPIEGEL

Topos	DER SPIEGEL 1993 (Total: 407)	DER SPIEGEL 2015 (Total 84)
-------	-------------------------------------	-----------------------------------

Oberkategorie	Unterkategorie	Pro 133	Contra 117	Pro 26	Contra 38
ökonomischer Nutzen	Finanzen	9	1	8	1
	Machbarkeit	10	23	2	19
	Missbrauch		10		8
	Diskriminierung		1		
Politischer Nutzen	Mehrheitsmeinung	2	4		
	Politische Ziele	2	2		
	Image		3		
	Widerspruchsfreiheit				
	Realität				
	Vergleichbarkeit				
Gefahr	Innere Sicherheit	5	15		
	Extremismus	5	6		
	Kriminalität	2	27		3
Kultur	Kulturelle Unterschiede	9	1	2	
	Vorurteile	6	3		
	Geschichte	2		3	

	Europa	3			1
	Fremdenfeindlichkeit	65 (ohne Wertung)			
Humanität (Total:	Verantwortung	26	3	2	1
	Entwicklungshilfe	5	1		2
	Werte	42	4	9	3
	Gerechtigkeit				
Institutionen	Recht	4	13		
	Autorität	1			
	Definitionen				
Zahlen	(Ohne Wertung)	5	18		4

Tab. 5

Analyse DIE ZEIT

Topos		DIE ZEIT 1993 (Total: 468)		DIE ZEIT 2015 (Total: 182)	
Oberkategorie	Unterkategorie	Pro 141	Contra 114	Pro 82	Contra 83
ökonomischer Nutzen	Finanzen	13		12	
	Machbarkeit	3	34	2	10

	Missbrauch		12		19
Politischer Nutzen	Mehrheitsmeinung	10	11		1
	Politische Ziele	1			
	Image	8			
	Widerspruchsfreiheit	1			
	Realität	6			
	Vergleichbarkeit			2	
Gefahr	Innere Sicherheit		18		1
	Extremismus				
	Kriminalität		11		10
Kultur	Kulturelle Unterschiede	14	14	16	15
	Vorurteile				3
	Geschichte	4		7	5
	Europa	8	3		
	Fremdenfeindlichkeit		27 (ohne Wertung)		7 (ohne Wertung)
Humanität	Verantwortung	10		4	
	Entwicklungshilfe				

	Werte	47		35	2
	Gerechtigkeit		7		
Institutionen	Recht	16		4	17
	Autorität				
	Definitionen		4		
Zahlen	(Ohne Wertung)				

Tab. 6

Analyse Parlamentsdebatten

Topos		Parlaments- Debatte 1993 (Total:51)		Parlaments- Debatte 2015 (Total: 36)	
Oberkategorie	Unterkategorie	Pro 36	Contra 7	Pro 6	Contra 29
ökonomischer Nutzen	Finanzen				
	Machbarkeit		7		10
	Missbrauch				4
Politischer Nutzen	Mehrheitsmeinung				
	Politische Ziele				
	Image				

	Widerspruchsfreiheit				
	Realität				
	Vergleichbarkeit				
Gefahr	Innere Sicherheit				1
	Extremismus				
	Kriminalität				
Kultur	Kulturelle Unterschiede				2
	Vorurteile				
	Geschichte				
	Europa				
	Fremdenfeindlichkeit				
Humanität	Verantwortung	5		3	
	Entwicklungshilfe				
	Werte	5			
	Gerechtigkeit				
Institutionen	Recht	26		3	12
	Autorität				
	Definitionen				

Zahlen	(Ohne Wertung)				
---------------	----------------	--	--	--	--

Tab. 7

Argumente Parteien

Parlamentsdebatte 1993	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	PDS/ DIE LINKE LISTE	FDP	Fraktionslos
Pro	12	17	1	3	1	2
Contra	1	6	0	0	0	0

Tab. 8

Parlamentsdebatte 2015	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE
Pro	0	0	4	2
Contra	24	5	0	0

Tab. 9